Geist und Werk der Zeiten

Arbeiten
aus dem Historischen Seminar
der Universität Zürich

Herausgegeben von den Professorinnen und Professoren Urs Bitterli, Rudolf Braun, Jörg Fisch, Bruno Fritzsche, Hans-Jörg Gilomen, Carsten Goehrke, Madeleine Herren, Reinhold Kaiser, Christian Marek, Andreas Meyer, Carlo Moos, Beat Näf, Bernd Roeck, Roger Sablonier, Ludwig Schmugge, Jakob Tanner

Nr. 93

PETER LANG
Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford · Wien

Carsten Goehrke/Seraina Gilly (Hrsg.)

Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens

PETER LANG
Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford · Wien

Rumänien – Modernisierung und Reform im Spannungsfeld evolutionärer und revolutionärer Konzepte

Daniel Ursprung

Das «Goldene Zeitalter» Ceauşescus

Das politische System Rumäniens in den achtziger Jahren war geprägt von der Diktatur Nicolae Ceauşescus, der alle wichtigen Bereiche des Staates und der Partei dominierte und de facto als Alleinherrscher Rumäniens fungierte. Im Unterschied zu den Machtstrukturen anderer sowjetischer Satellitenstaaten war es ihm nämlich nach seiner Wahl zum Generalsekretär 1965 gelungen, die Kommunistische Partei als Entscheidungsträgerin weitestgehend auszuschalten und für sich zu instrumentalisieren. Altgediente und Ceauşescu kritisch gesinnte Kader waren aus ihren Schlüsselpositionen in Staat und Partei verdrängt und auf unwichtigere Posten abgeschoben worden. An ihrer Stelle setzte Ceauşescu Leute aus seinem Familienclan und junge, politisch unerfahrene Parteimitglieder ein, und schuf sich so eine ihm treu ergebene Nomenklatura. Um die Kontrolle über diese zu behalten und um der Entstehung oppositioneller Machtzentren vorzubeugen, wurden die Inhaber der wichtigsten Ämter in der Partei- und Staatshierarchie seit den frühen siebziger Jahren regelmässig und willkürlich ausgewechselt.[1] Diese Kaderrotation ermöglichte es, Loyalität mit Beförderung zu belohnen und gleichzeitig unbotmässige Funktionäre zu entlassen.

Neben der Ausschaltung hochrangiger Vertreter der Nomenklatura hatten auch die Institutionen des Staates und der Partei an Macht verloren. Ihre Kompetenzen wurden teilweise von neugebildeten gemischten Staats- und Parteiorganen übernommen, die oftmals unter dem Vorsitz Ceauşescus oder seiner Frau standen. Faktisch höhlte diese Zersplitterung der Zuständigkeiten die Institutionen, die zu reinen Exekutivorganen seiner Beschlüsse verkamen, aus. Zwischen ihnen kam es zu gegenseitigen Blockierungen, da sich

1 Vlad Georgescu: *Istoria românilor. De la origini pînă în zilele noastre*. Bucureşti 1995, S. 286.

Kompetenzen überschnitten und oftmals Anordnungen erlassen wurden, die sich widersprachen. Dem Machtzerfall und der Desintegration der Institutionen entsprach eine Machtkonzentration in den Händen Ceaușescus, der seit 1974 neben dem Amt des Parteichefs auch dasjenige des Staatsoberhauptes ausübte.

Parallel zu diesem Machtzuwachs Ceaușescus entwickelte sich ein laufend gesteigerter, grotesker Personenkult. Staatliche Stellen, kulturelle Institutionen, die Partei, Gewerkschaften – kurz, alle öffentlichen Einrichtungen – propagierten die Vorzüge, Fähigkeiten und Erfolge Ceaușescus und seiner Frau Elena. Letztere hatte im Laufe der Zeit selber fortlaufend Ämter übernommen und wurde so de facto zur zweitwichtigsten Person neben ihrem Mann. Tatsächlich war sie im Volk noch weitaus unbeliebter als er, da man in ihrem schlechten Einfluss auf ihn die wahre Triebfeder für viele seiner Entscheidungen sah. Trotz der staatlichen Propaganda war die Inkompetenz der beiden offensichtlich.[2] Ceaușescu war 1918 als Bauernsohn in Scornicești im Süden des Landes geboren worden und begann nach einer elementaren Schulausbildung eine Schuhmacherlehre in Bukarest. Dort trat er in den dreissiger Jahren der damals noch illegalen Kommunistischen Partei bei. Trotz fehlender Kompetenz mischte er sich, einmal an der Macht, mit Anweisungen in Detailfragen ein, von denen er keine Ahnung hatte.[3] Seine Frau Elena, deren geringe Bildung im Volk Anlass zu zahllosen hinter vorgehaltener Hand erzählten Witzen bot, liess sich als Wissenschaftlerin von Weltruhm feiern. Andererseits waren die Entscheide des Paares von einer intellektuellenfeindlichen Haltung geprägt, die mit der sogenannten »Kleinen Kulturrevolution« 1971[4] begonnen hatte. Gerade die Besetzung von hohen Positionen nach dem Prinzip der Loyalität anstatt der Qualifikation führte in Rumänien zu einer auch im Vergleich mit anderen Ländern Osteuropas überaus korrupten und unqualifizierten politischen Klasse.[5]

2 Vergleiche die Ausführungen zur Kompetenzfrage bei Anneli Ute Gabanyi: *Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation*. Diss. München 1998, S. 79 ff. (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, 35).

3 Dionisie Ghermani: Rumäniens Reformverdrossenheit – keine Ansätze von Neuerungen. In: Rolf Schlüter (Hg.): *Wirtschaftsreformen in den achtziger Jahren. Länderstudien: Sowjetunion, DDR, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn*. Paderborn 1988, S. 127.

4 Diese ideologische Kampagne führte zu einer Restalinisierung; die Liberalisierungsmassnahmen der sechziger Jahre wurden wieder rückgängig gemacht.

5 Mihail Botez in: *Romania: A case of »Dynastic Communism«*. Freedom House, New York 1989, S. 34. Constantiniu verweist auf die grosse Zahl von Parteimitgliedern ländlicher Herkunft, die, in Analogie zur Situation in der UdSSR der zwanziger und dreissiger Jahre, in einer Parteikarriere eine Möglichkeit sahen, sich den harten Arbeitsbedingungen zu entziehen und gleichzeitig sozial aufzusteigen. Für diese Parteiaktivisten ohne Klassenbewusstsein wurde die Parteiideologie vereinfacht und schematisiert. Florin Constantiniu: *O istorie sinceră a poporului român*. București 1998, S. 513 f.

Ceaușescu versuchte seine Macht durch eine Mischung aus Unterdrückung und selbstkreierter Ideologie zu sichern. Die Geschichte des Landes wurde umgedeutet und er selber als Vollender einer über zweitausendjährigen kontinuierlichen Entwicklung seit den Zeiten des legendären Dakerkönigs Burebista dargestellt, die im sogenannten »Goldenen Zeitalter« unter ihm kulminiere.[6] Den bereits von seinem Vorgänger Gheorghiu-Dej eingeschlagenen nationalkommunistischen Kurs setzte er fort. Aussenpolitisch verfolgte er einen Kurs der nationalen Unabhängigkeit und distanzierte sich von der Sowjetunion, ohne es jedoch wie China oder Albanien zu einem Bruch kommen zu lassen. Er betrieb eine aktive Aussenpolitik, engagierte sich diplomatisch in der Dritten Welt, womit er sich Verbündete schaffen konnte und war auch auf dem Balkan Initiator verschiedener diplomatischer Offensiven. Dadurch verschaffte er sich sogar im Westen Respekt, nahm dieser doch die rhetorischen Ausfälle Ceaușescus gegen eine Bevormundung durch die Sowjetunion zum Anlass, in ihm gleichsam einen Verbündeten gegen den sowjetischen Imperialismus zu sehen. Die UdSSR wiederum liess Ceaușescu gewähren, wohl nicht zuletzt da sie an Rumänien, das an keine NATO-Länder grenzte, keine besonderen strategischen Interessen hatte und mit Bulgarien in der Region über einen treuen Verbündeten verfügte. Zudem zog Rumänien seine Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und zum kommunistischen Lager auch niemals ernsthaft in Zweifel. Die praktizierten Abweichungen blieben vielmehr Eskapaden eines Lokalpotentaten, dem es sehr genau bewusst war, dass die Sowjetunion ein Ausscheren Rumäniens aus dem sozialistischen Lager kaum zulassen würde. Was Ceaușescu gewann, war eine gewisse Narrenfreiheit, die er innenpolitisch auszunützen wusste. Er verstand es, die traditionell antirussische Einstellung im Volk zu schüren und sich selbst als Garanten für die Unabhängigkeit des Landes darzustellen, dieses gleichsam vor einer sowjetischen Intervention bewahrend.[7]

Im Innern instrumentalisierte er alte Feindbilder, reaktivierte traditionelle »nationale« Mythen der rumänischen Geschichte und inszenierte unter Zuhil-

6 Eine gute Darstellung über die Entwicklung der historischen Mythenbildung und die ideologische Beeinflussung der rumänischen Geschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert bietet Lucian Boia: *Istorie și mit în conștiința românească*. București 1997. Zur Instrumentalisierung des Mythos der Kontinuität siehe S. 266 ff.

7 Somit reaktivierte Ceaușescu den »Mythos des bedrohten Vaterlandes«. Eugen Negrici: Mitul patriei primejduite. In: *Miturile comunismului românesc*. Sub direcția lui Lucian Boia. București 1998, S. 220 ff.

fenahme der Propaganda einen bis ins Chauvinistische gesteigerten nationalistischen Diskurs.[8]

Durch diesen Nationalismus und die Unabhängigkeitspolitik gegenüber der UdSSR konnte Ceauşescu sich als Patriot gebärden und erlangte so eine gewisse Legitimität. Diese trug nicht unwesentlich zum Erfolg bei, mit dem er die Machtzentren des Staates und der Partei von sich abhängig machen konnte. Deren Legitimität durch die marxistisch-leninistische Doktrin ruhte auf tönernen Füssen, da die rumänischen Kommunisten in den Augen der Bevölkerung als blosse Vollstrecker der Sowjetherrschaft erschienen. Der Machtanspruch der Kommunistischen Partei war nur mit Zwang durchzusetzen. Ceauşescu dagegen hatte eine gewisse Sympathie bei der Bevölkerung gewonnen, die es ihm erleichterte, seine Machtposition auszubauen.

Dennoch war auch er für die Sicherung seiner Macht auf die Unterdrückung oppositioneller Strömungen angewiesen. Das Rumänien Ceauşescus wurde in zunehmendem Mass ein ausgesprochener Polizeistaat. Die Überwachung der Bevölkerung in den Betrieben, Schulen und jeglicher Art öffentlicher Institutionen durch ein Spitzelsystem unter der Leitung des Geheimdienstes »Securitate« führte zu einer rigiden Kontrolle der gesamten Gesellschaft. So gelang es dem Regime, jegliche Ansätze zu einer organisierten Opposition im Keime zu ersticken. Wenn in Rumänien, im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern, keinerlei Oppositionsgruppierungen existierten, so lag dies weniger daran, dass es keine Proteste gegeben hätte.[9] Vielmehr lag dies daran, dass das Regime jeweils schnell und brutal genug reagierte, um aus spontanen Unmutsbekundungen keine strukturierten Gruppen entstehen zu lassen. Die Opposition konnte auf einige wenige Einzelpersonen beschränkt werden, die ohne Verbindung zueinander und unter Überwachung der »Securitate« keine reale Gefährdung für die Macht Ceauşescus mehr darstellten. Die rigide Überwachung des öffentlichen Lebens bewirkte eine Atomisierung der Gesellschaft. Dies wiederum erleichterte der Staatsmacht die Kontrolle über die Bevölkerung.

Neben dem Ceauşescu-Clan gab es keinerlei gesellschaftlich relevante Kreise, die in der Lage gewesen wären, grösseren Einfluss auszuüben. Die Nomenklatura war von Ceauşescu entmachtet worden, ein Grossteil der nicht kollaborierenden Intelligenz und der Kulturschaffenden zog sich in apolitische

8 Boia (1997), S. 81 f.

9 So kam es beispielsweise nach dem Erdbeben von 1977 zum »menschlichen Erdbeben« (Bürgerrechtsbewegung um Paul Goma, Bergarbeiterstreik), 1979 gab es Ansätze zur Gründung freier Gewerkschaften und 1987 fanden in Braşov Arbeiterproteste statt.

Spiritualität zurück[10], und die orthodoxe Kirche bot aus ihrem traditionellen Rollenselbstverständnis heraus ebenfalls kein Forum für eine Opposition gegen das Regime, sondern arbeitete grösstenteils mit ihm zusammen.[11] Der Ceauşescu-Clan hatte sich also die Gesellschaft untergeordnet und die alleinige Macht an sich gerissen, die er dann völlig nach eigenem Gutdünken ausübte.

Die Machtkonzentration in den Händen Ceauşescus war bedeutend grösser als diejenige der Parteivorsitzenden anderer Mitgliedsländer des Warschauer Paktes. Zugleich zeichneten sich die staatlichen Strukturen Rumäniens durch eine Zentralisierung aus, die auch im Vergleich mit derjenigen anderer Länder Osteuropas überaus stark ausgeprägt war.[12] Trotz einer eher formalen Entstalinisierung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre wies Rumänien noch typisch stalinistische Strukturen auf, nachdem zu Beginn der siebziger Jahre eine Restalinisierung stattgefunden hatte.

Nach der Weigerung Bukarests, auf Forderungen einer Arbeitsteilung innerhalb des RGW einzugehen, bestand das Ziel in einer weitgehenden Autarkie Rumäniens. Wirtschaftlich setzte das Regime auf die Forcierung der Schwerindustrie. Die rumänischen Industriebetriebe verfügten aber über keine realen Absatzchancen. Wegen der schlechten Qualität der rumänischen Produkte waren diese auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Produziert wurde zumeist mit veralteten Anlagen, die im internationalen Vergleich für die gleiche Menge hergestellter Produkte zum Teil ein Mehrfaches an Rohstoffen und Energie verbrauchten. Dies verlangte eine starke Subventionierung der Industriekombinate durch den Staat. Der Aufbau dieser Kombinate war nicht zuletzt durch westliche Kredite ermöglicht worden, die Rumänien dank seiner Aussenseiterrolle im Warschauer Pakt erhielt. Andererseits wurden die Landwirtschaft, der Konsumgütersektor oder auch die Erneuerung veralteter Produktionsanlagen stark vernachlässigt.

10 So geht Irina Badescu davon aus, dass es bei den Intellektuellen unmittelbar nach der kommunistischen Machtergreifung zu einem »reniement du politique« gekommen sei. Irina Badescu: Une dérive de l'histoire: les intellectuels roumains et le »dégel«. In: Catherine Durandin (Hg.): *L'Engagement des intellectuels à l'Est. Mémoires et analyses de Roumanie et Hongrie*. Paris 1994, S. 48.

11 Der Rückzug in eine vom alltäglichen und historischen Geschehen abgekoppelte Parallelwelt ist oft als typischer Wesenszug des rumänischen Volkes beschrieben worden. In den schwierigen Zeiten der Fremdherrschaft sei es durch eine Mischung aus Fügung ins Schicksal und Rückzug in die Berge und Wälder möglich gewesen, eine geistige Autonomie aufrechtzuerhalten und so den Unbilden der Zeit zu entgehen. Vergleiche dazu beispielsweise das Kapitel »Evoluţie şi involuţie« in: Lucian Blaga: *Spaţiul mioritic*. Bucureşti 1994 (Erstausgabe Bucureşti 1936), S. 168 ff. (= Trilogia culturii, II).

12 Ghermani (1988), S. 128.

Ceauşescu und sein Machtapparat auf dem Weg ins Abseits

Zu Beginn der achtziger Jahre geriet das sozialistische System Rumäniens in eine Krise. Ausgelöst wurde sie durch die von Ceauşescu verfolgte Politik einerseits, andererseits aber in nicht unerheblichem Masse auch durch äussere Umstände, auf die das Regime in Bukarest keinen Einfluss hatte. Vielmehr war gerade ein Zusammenspiel innerer und äusserer Faktoren verantwortlich für die prekäre Lage, in die Rumänien zunehmend geriet. Erste Anzeichen einer schweren Wirtschaftskrise zeigten sich im Sommer 1980.[13] Die Politik der forcierten Industrialisierung, vor allem des Ausbaus der Schwerindustrie, ohne über genügend eigene Ressourcen (Rohstoffe, Kapital, Know-how) zu verfügen, hatte es notwendig gemacht, die ehrgeizigen Vorhaben mit ausländischer Unterstützung und Krediten zu realisieren. Dadurch jedoch stieg die Verschuldung stark an und erreichte Ende 1981 etwa 10 Milliarden US-Dollar. Die Ausgaben konnten aufgrund fehlender realer Absatzchancen auf dem Weltmarkt nur ungenügend wieder eingebracht werden. Die grossen Industriebetriebe waren nur durch die hohen Subventionen des Staates überlebensfähig. Dieser sah die Industrialisierung aus ideologischen Gründen als eine Notwendigkeit an, um die sozialistische, aber gleichzeitig von der UdSSR unabhängige, Entwicklung des Landes zu gewährleisten. Darum und in Analogie zu dem in der Aussenpolitik verfolgten Unabhängigkeitskurs vernachlässigte Rumänien den Bezug von Rohstoffen aus der UdSSR und deckte sich auf anderen Märkten damit ein. Als dann aber 1980 ein Krieg zwischen den zwei für Rumänien wichtigen Öllieferanten Irak und Iran ausbrach, war dies ein schwerer Schlag. Es zeigte sich zugleich nämlich auch, dass die Binnenvorkommen von Erdöl überschätzt worden waren. Auf dem Weltmarkt wiederum war der Erdölpreis drastisch gestiegen, und die UdSSR zeigte aufgrund der von Ceauşescu praktizierten Unabhängigkeitspolitik wenig Entgegenkommen, Rumänien verbilligtes sowjetisches Erdöl zu liefern. Somit hatte Rumänien Schwierigkeiten, diesen für seine Schwerindustrie so wichtigen Rohstoff zu beziehen; es kam zu einer Energiekrise. Die Folgen trafen nicht nur die in den Jahrzehnten zuvor stark geförderten erdölverarbeitenden Industriezweige, sie lähmten das ganze Wirtschaftsleben.[14] Die Produktion musste eingeschränkt werden, viele Betriebe hatten grosse Überkapazitäten.

13 DIONISIE GHERMANI: Rumäniens Probleme mit der kommunistischen Weltbewegung. In: *Südosteuropa*, 11/12 (1982), S. 626.

14 Rumänien verfügte damals noch über keinerlei Atomkraftwerke. Das erste Atomkraftwerk des Landes in Cernavodă, welches sich in den achtziger Jahren mit kanadischer Hilfe im Bau befand, ging erst Mitte der neunziger Jahre ans Netz.

Auf diese Krise reagierte Ceauşescu mit Sparmassnahmen für die Bevölkerung. In unzähligen Aufrufen, Energie sparsam zu verwenden, anerkannte das Regime mehr oder weniger direkt die akute Krisensituation.[15] In der Folge kam es zu immer drastischeren Einschränkungen der Energiezufuhr für private Haushalte, was einen Rückgang des Lebensstandards bedeutete. Der Energieverbrauch wurde in allen Bereichen reduziert, was dadurch erreicht wurde, dass etwa das Fernsehprogramm eingeschränkt oder die Wohnungen im Winter nur unzureichend geheizt wurden. Doch konnten diese Massnahmen die Lage nicht grundlegend verbessern. Vielmehr wuchs in der Bevölkerung die Unzufriedenheit über die Sparmassnahmen, wurde ihr doch ein genereller Konsumverzicht zugemutet. Denn angesichts der Ausslandsschulden von rund 10 Milliarden Dollar beschloss Ceauşescu 1982, »bis Ende des Jahres 1985 das Niveau der Aussenverschuldung auf mindestens die Hälfte zu reduzieren und diese in den darauffolgenden zwei bis drei Jahren des Jahrfünfts 1986–1990 vollständig zu liquidieren.«[16] Um dieses Ziel zu erreichen, betrieb er eine überaus harte Austeritätspolitik. Durch eine drastische Reduzierung der Importe und den forcierten Export, vor allem von Konsumgütern, erwirtschaftete Rumänien einen Handelsbilanzüberschuss, der zur Rückzahlung der Schulden verwendet wurde. Daraufhin verschlechterte sich die Versorgungslage noch dramatischer. Lebensmittel wurden unter dem Vorwand einer »wissenschaftlichen Ernährung« rationiert. In der Tat kam es zu einer Verknappung der Lebensmittel nicht nur auf quantitativer , sondern auch auf qualitativer Ebene: Die hochwertigsten Lebensmittel wurden exportiert, mindere Qualität, die schlecht oder gar nicht verkäuflich war, verblieb zur Ernährung der Bevölkerung im Land.

Gespart wurde ebenfalls bei der Modernisierung der Betriebe; veraltete Produktionsanlagen wurden nicht erneuert, Schäden oft nur unzulänglich repariert. Als Folge sank die Effizienz und Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe weiter. Im Ausland wiederum ging das Interesse an wirtschaftlichen Kontakten mit Rumänien im Laufe der achtziger Jahre kontinuierlich zurück. Einerseits lag dies daran, dass die rumänische Seite die Importe stark drosselte, um den Überschuss in der Handelsbilanz zu erhöhen, andererseits waren Exporte industrieller Güter wegen ihrer minderen Qualität auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. So exportierte Rumänien zur Rückzahlung seiner

15 »(...) weil die Energie in Wirklichkeit ein vitales Problem des sozialen Fortschrittes geworden ist«. *România liberă*, Nr. 11 716, 1. 7. 1982.

16 *Scînteia*, Nr. 12 540, 17. 12. 1982.

Schulden in erster Linie Artikel des primären Wirtschaftssektors, die gegenüber verarbeiteten Industrieprodukten aber ein schlechteres Preisverhältnis aufwiesen. Paradoxerweise befand sich das Land somit genau in der Lage, die es durch die forcierte Industrialisierung hatte vermeiden wollen und weswegen sich Rumänien auch geweigert hatte, sich innerhalb des RGW auf die Lieferung von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zu konzentrieren.

Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Wirtschaftskrise kein rein rumänisches Phänomen war. Einerseits spielten beim Ausbruch der Krise externe Faktoren eine entscheidende Rolle.[17] Andererseits war Rumänien nicht das einzige sozialistische Land, in dem sich eine Krise bemerkbar machte. So kannten beispielsweise auch andere sozialistische Länder das Verschuldungsproblem, allerdings reagierte keines mit so drastischen Mitteln darauf wie das Rumänien Ceaușescus. Die Unterschiede Rumäniens zu seinen »Bruderländern« lagen weniger im Grundsätzlichen als vielmehr im Ausmass: »By overexaggerating some characteristics of the socialist model, Ceaușescu's socialism aggravated the country's situation.«[18]

Der kontinuierliche Rückgang des Lebensstandards nährte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die allerdings durch die Repressionsmassnahmen des Staates kaschiert werden konnte. Einzelne spontane und unkoordinierte Unzufriedenheitsäusserungen wie beispielsweise der Arbeiterprotest von Brașov im November 1987 waren jedoch deutliche Anzeichen dafür, dass das Regime Ceaușescu in zunehmendem Masse unerwünscht war. Es gelang ihm zwar durch den brutalen Einsatz der Geheimpolizei öffentliche Proteste weitestgehend zu verhindern. Dennoch schwand die Bereitschaft der Bevölkerung, das Regime zu akzeptieren, je länger die allgemeine wirtschaftliche Krise andauerte und sich sogar noch verschärfte. Paradoxerweise wirkte aber gerade die Versorgungskrise bis zu einem gewissen Punkt stabilisierend. Die Umtriebe, das Schlangestehen für elementare Artikel des täglichen Gebrauchs, schränkten die Freizeit jedes einzelnen ein und erschwerten es ihm damit, ausserhalb der staatlichen Strukturen gesellschaftlich aktiv zu werden.[19]

17 Der Ökonom Daniel Dăianu spricht im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre von einer »Internalization of the external disequilibrium«. DANIEL DĂIANU: Macro-Economic Stabilization in Post-Communist Romania. In: Lavinia Stan (Hg.): Romania in transition. Hampshire 1997, S. 100.

18 ȘERBAN ORESCU: Multilaterally Developed Romania: An Overview. In: Vlad Georgescu (Hg.): *Romania: 40 years. (1944–1984)*. New York 1985, S. 27.

19 Damit fehlte gerade der Freiraum, der etwa in Ungarn positiv zur Herausbildung alternativer gesellschaftlicher Strukturen beitrug.

Gar noch wichtiger aber war, dass auch innerhalb bedeutender öffentlicher Institutionen Unzufriedenheit mit Ceaușescus Kurs aufkam. So in der Armee, die zurückgestuft und deren Budget kontinuierlich gekürzt wurde. Offenbar traute Ceaușescu der Armee und den Generälen nicht und versuchte, sie zu marginalisieren. Er lancierte eine Reihe von Abrüstungsinitiativen und liess sich dabei als Friedensstifter feiern. Anstelle der Armee förderte er die »Securitate« als eine auf ihn eingeschworene Elitetruppe. Die Armee wurde immer häufiger zu öffentlichen Arbeiten auf Baustellen und in der Landwirtschaft abkommandiert, weshalb es nicht weiter erstaunt, dass in der Armeeführung eine starke Unzufriedenheit mit Ceaușescu herrschte.[20]

Selbst innerhalb der Kommunistischen Partei schwand der Rückhalt des Generalsekretärs. Vor allem Vertreter des internationalistischen Flügels, der schon in den fünfziger Jahren entmachtet worden war, und die Parteifunktionäre, die der Neubesetzung der Posten während der siebziger Jahre zum Opfer gefallen waren, bildeten den Kern der innerparteilichen Opposition.[21] Doch trotz zunehmender Unzufriedenheit innerhalb der Parteistrukturen kam es zu keinerlei Diskussionen über den weiteren Kurs. Vielmehr blieb die Partei weiterhin Vollstreckerin der Beschlüsse Ceaușescus, ohne einen Einfluss auf seine Politik nehmen zu können. Die latente Opposition in der Partei äusserte sich bis zu den Ereignissen vom Dezember 1989 nur in den Aktionen einiger weniger meist prominenter Altkommunisten, die von Ceaușescu entmachtet worden waren. Bereits mit dem Auftritt des Altkommunisten Constantin Pîrvulescu auf dem XII. Parteitag von 1979, wo dieser sich kritisch zur Politik von Ceaușescu geäussert hatte, war klar geworden, dass es Unzufriedenheit innerhalb der Kommunistischen Partei gab. Diese blieb aber verdeckt, zu einer offenen Konfrontation kam es nicht. Anstatt sich mit den oppositionellen Kräften in der Partei auseinanderzusetzen, reagierte die Führung spätestens ab Mitte der achtziger Jahren mit einer beschleunigten Kaderrotation, der auch einige langjährige treue Weggenossen Ceaușescus zum Opfer fielen.[22] Der Ceaușescu-Clan verliess sich des weiteren auf die Lobesbekundungen und Dankesformeln an seine Adresse und erkannte die Gefahr nicht, dass sich grosse Teile der Partei von ihm abwandten, weil diese ihre Unzufriedenheit nicht offen kundtaten.

20 ANNELI UTE GABANYI: *Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie*. München 1990, S. 99 ff.

21 Ebenda, S. 46 f.

22 DIONISIE GHERMANI: Die rumänisch-sowjetischen Beziehungen in der Ära Gorbačev. In: *Südosteuropa*, 1987, Nr. 4, S. 166.

Potentielle Unterstützung für einen reformistischen Ansatz innerhalb der Kommunistischen Partei erwuchs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Form der Perestrojka-Politik Michail Gorbačevs. Dieser forderte Ceaușescu wiederholt dazu auf, Reformen nach dem Vorbild der Sowjetunion durchzuführen. Ceaușescu weigerte sich indes strikte diesen Forderungen nachzukommen, mit Berufung auf seinen von der UdSSR unabhängigen Kurs. Stattdessen versuchte er, mit den anderen orthodox-kommunistischen Führungen eine Front gegen die reformistischen Strömungen aufzubauen. Im Laufe der weiteren Entwicklung geriet er aber immer stärker ins Abseits, als sich auch in anderen Staaten des sowjetischen Hegemonialbereiches reformistische Tendenzen durchzusetzen begannen. Waren die Beziehungen Rumäniens zu seinen »Bruderländern« auch vor dem Beginn des Systemwandels nicht besonders freundschaftlich gewesen, stand es im sozialistischen Lager schliesslich völlig isoliert da, als im Herbst 1989 die orthodoxen kommunistischen Regimes in der DDR und der Tschechoslowakei dem Druck des Volkes nachgaben und selbst in Bulgarien Todor Živkov von der politischen Bühne abtreten musste.

Aber auch gegenüber dem Westen geriet Rumänien im Verlauf der achtziger Jahre in eine immer stärkere Isolation und büsste seine Sonderposition, welche es zuvor besessen hatte, ein. Dies hing nicht zuletzt mit dem Machtantritt Gorbačevs zusammen. Denn mit dessen Entspannungskurs wurde die Unabhängigkeitspolitik Ceaușescus für den Westen uninteressant. Die internationale Lage des Landes verkehrte sich jetzt in ihr Gegenteil: Vom allseits geschätzten und privilegierten Sonderfall, der als Stachel im Fleische des sowjetischen Imperiums jahrelang gleichsam die Rolle eines westlichen Verbündeten hatte spielen können, fand sich Bukarest nun plötzlich in der Rolle eines internationalen Aussenseiters wieder. Nachdem der doppelte internationale Rückhalt[23] auf beiden Seiten geschwunden war, rückte nun die innere Situation umso stärker ins Blickfeld. Die Menschenrechtsverletzungen, das bewusst in Kauf genommene Sinken des Lebensstandards sowie die angespannte Situation der Minderheiten verschlechterten das Image Rumäniens im Ausland rapide. Dabei spielten nicht nur die tatsächlichen Veränderungen eine Rolle, sondern die innere Situation wurde oft erst jetzt überhaupt richtig wahrgenommen.

23 Einerseits durch die Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager, welche das Fortbestehen des Sozialismus als solchem garantierte, andererseits durch die Anlehnung an den Westen, welche die Entstehung der konkreten rumänischen Ausprägung des Sozialismus erst ermöglichte.

Trotz der offensichtlichen Krise in allen Bereichen reagierte das Regime nicht, beziehungsweise es wies jegliche Verantwortung dafür weit von sich. Offenbar ignorierte Ceaușescu die Krisensymptome oder nahm sie jedenfalls nicht in ihrem ganzen Ausmass wahr. Er scheint je länger je mehr den Überblick über die Situation verloren zu haben. Die hierarchische Struktur verunmöglichte eine realistische Einschätzung der Lage im Lande. Jede Hierarchieebene leitete ein geschöntes Abbild der Realität nach oben weiter, um sich durch Erfolge zu legitimieren und um nicht für Versäumnisse haftbar gemacht zu werden. Dies führte zu einer von den unteren Machtstrukturen gegen oben zunehmenden Verzerrung der Zustände im Land. Über die wahre Lage unvollständig im Bilde, konnten die übergeordneten Instanzen auf die Krise nicht adäquat reagieren; das System wurde jeglicher noch vorhandener Dynamik beraubt und erstarrte.

Sicherlich liess sich Ceaușescu durch die laufend dargebrachten Lobhudeleien auch nur allzu gerne blenden. Die offizielle Propaganda verbreitete bis zu den dramatischen Ereignissen im Dezember 1989, unter völliger Ignorierung der realen Lage, optimistische Zukunftsprognosen und Erfolgsmeldungen. Wenn auch kleinere Fehler und Unzulänglichkeiten, beispielsweise auf der unteren Beamtenebene durchaus zugestanden wurden, so war dies dennoch kein Anlass, das System an sich in Frage zu stellen. Vielmehr sollte damit die Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung des sozialistischen Systems unter Ceaușescu verdeutlicht werden. Als Hauptsündenböcke stellte die Propaganda ausländischen Imperialismus, revisionistische und chauvinistische Tendenzen[24] oder innere Feinde des Systems (Profiteure, Schmarotzer, Saboteure) hin, welche für die offensichtlichsten Mängel verantwortlich gemacht wurden. Kritik am System an sich aber blieb tabu und wurde mit restriktiven Mitteln geahndet. Der schöne Schein sollte um jeden Preis aufrechterhalten werden. Noch auf dem XIV. Parteitag vom November 1989 versuchte man, dem rumänischen Volk und dem Ausland eine heile Welt vorzugaukeln. Die Partei wählte Ceaușescu erneut einstimmig zu ihrem Generalsekretär, und im Gegensatz zum XII. Parteitag von 1979 verlief das inszenierte Geschehen ohne unvorhergesehene Kritik aus den eigenen Reihen.[25] Dennoch zeichnete sich

24 Als Anspielung auf die nationalen Minderheiten, insbesondere die Ungaren.

25 Allerdings war kurz vor dem Parteitag ein Schreiben einer anonyme Gruppe, vermutlich Parteiaktivisten, aufgetaucht, worin die Abwahl Ceaușescus gefordert wurde. Die Autoren des Aufrufs blieben auch nach dem Sturz Ceaușescus anonym. Da die Gruppierung den gleichen Namen benützte wie die Front der Nationalen Rettung, die einen Monat später die Macht übernehmen sollte, kam es zu Spekulationen über einen Zusammenhang zwischen beiden Gruppen. Allerdings bestritten Iliescu und seine Mitstreiter irgendeinen Zusammenhang.

zu diesem Zeitpunkt bereits ab, dass das Regime nur noch aus einer Fassade bestand und dass es wohl früher oder später zusammenbrechen würde, da praktisch niemand mehr, weder in Rumänien selber noch im Ausland, an seiner Aufrechterhaltung interessiert war. Dass der Zusammenbruch dann aber so schnell erfolgte, dürften wohl nur die Wenigsten zu hoffen gewagt haben.

Der Umsturz vom Dezember 1989

Auch knapp ein Jahrzehnt nach den Ereignissen, die zum Sturz des Ceauşescu-Regimes führten, liegen dessen genauer Ablauf und die Hintergründe weiterhin im Dunkeln. Viele oftmals gegenläufige Interessen behindern die Erforschung der damaligen Vorgänge. Eine allgemein akzeptierte Darstellung der Geschehnisse der zweiten Dezemberhälfte 1989 liegt immer noch in weiter Ferne. Im Rahmen dieser kurzen Skizze sollen deshalb nur der Verlauf der Ereignisse, so wie er von aussen beobachtet werden konnte, umrissen und einige umstrittene Punkte angedeutet werden.

Der Protest gegen das Ceauşescu-Regime ging zu Beginn von der Stadt Timişoara aus, welche im Banat im Westen Rumäniens liegt. In diesem Gebiet, in dem nationale Minderheiten (Ungaren, Deutsche, Serben und andere) stark vertreten sind, war die Bevölkerung dank der Grenznähe zu Jugoslawien und Ungarn in der Lage, Radio- und Fernsehprogramme aus diesen Ländern zu empfangen. So konnte sie die Ereignisse, die sich in den anderen Staaten des Warschauer Paktes abspielten, ohne die ideologische Brille der rumänischen Propaganda verfolgen. Zudem weist das Banat aufgrund seiner multiethnischen Bevölkerung, der verschiedenen kulturellen Einflüsse und der Geschichte der Region eine spezifische lokale politische Kultur auf.[26] In diesem Gebiet machte sich daher die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung über die schlechten Lebensbedingungen, die politische Unterdrückung und Verfolgung zuerst Luft. Anlass dazu war ein reformierter Pastor der ungarischen Minderheit, László Tőkés, der dem Regime ein Dorn im Auge war und in die Provinz zwangsversetzt werden sollte. Ein Protest gegen diese Versetzung schlug am 16. Dezember 1989 in einen Aufstand gegen das Regime um, welches mit den herkömmlichen Mitteln der Gewaltanwendung reagierte, so dass es in der Folge zu blutigen Zusammenstössen kam.

26 Ausführlich dazu: Reinhard Leber: *Politische Kultur und Systemtransformation in Rumänien. Lokalstudie zur Stadt Temeswar.* Frankfurt am Main 1996 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft, Bd. 280).

Trotz der kritischen Lage trat Ceauşescu am 18. Dezember einen Staatsbesuch im Iran an, in der Hoffnung, dass seine Sicherheitskräfte in der Zwischenzeit die Lage würden unter Kontrolle bringen können. Als er am 20. Dezember zurückkehrte, hatte sich die Situation jedoch keineswegs beruhigt. Für den folgenden Tag wurde daher eine Massenveranstaltung in Bukarest einberufen, die breite Unterstützung für Ceauşescu demonstrieren sollte. Sie musste jedoch vorzeitig abgebrochen werden, als aus den Reihen der versammelten Demonstrationsteilnehmer regimekritische Parolen gerufen wurden. Die Fernsehübertragung des Ereignisses wurde unterbrochen. Am 22. Dezember geriet die Lage völlig ausser Kontrolle. Am Vormittag wurde der Sitz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei im Zentrum Bukarests, in dem sich Ceauşescu aufhielt, gestürmt. Unter dem Jubel der vor dem Gebäude versammelten Menge flüchtete Ceauşescu per Hubschrauber. Das Abheben des Hubschraubers markierte seinen Sturz. Damit waren die blutigen Ereignisse aber noch keineswegs beendet: Die Lage in Bukarest und einigen anderen Städten, vor allem in den zentralen und westlichen Landesteilen, spitzte sich weiter zu. Es gab zahlreiche Todesopfer und grossen Sachschaden. Erst als bekanntgegeben wurde, dass Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena am 25. Dezember hingerichtet worden seien und nachdem die Hinrichtungsszene am Fernsehen ausgestrahlt worden war, ebbten die Kämpfe allmählich ab. Gegen Jahresende hatte sich die Lage einigermassen beruhigt.

Über die Anzahl der bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen getöteten Personen kursierten viele Spekulationen. Dabei wurde die Zahl der Toten in den dramatischen Tagen des Dezembers 1989 zunächst stark übertrieben. Von zunächst 60 000 sank die vermutete Anzahl der Opfer später auf rund 1 100, wobei der grösste Teil davon erst nach dem Sturz Ceauşescus bei den Kämpfen in verschiedenen Städten des Landes umkam.[27] Wer dabei auf wessen Befehl auf wen geschossen hat und welche Motive sich jeweils dahinter verbargen, ist eine der am heftigst diskutierten Fragen.[28]

Als sicher gelten kann, dass sich Teile der Polizei- und Sicherheitskräfte, vor allem aber die Armee relativ bald von Ceauşescu lossagten. Zweifellos spielte die Tatsache, dass die Armee sich auf die Seite der Aufständischen stellte, eine wesentliche Rolle beim weiteren Verlauf des Geschehens. Schon vor dem Sturz scheint die Armee nicht mehr völlig loyal gehandelt und, wie

27 Gabanyi (1998), S. 178 f.

28 So gibt es Vermutungen, dass die Gewalt von Vertretern der neuen Führung provoziert wurde, um die eigene Unentbehrlichkeit zu demonstrieren und Solidarität zu schaffen. Siehe dazu Ebenda, S. 177 f. und Lucian Nastasă: Conduita conspirativă sub regimul comunist: mit şi realitate. In: Miturile comunismului românesc. Sub direcţia lui Lucian Boia. Bucureşti 1998, S. 200 f.

gefordert, scharf geschossen zu haben.[29] Eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Regime Ceauşescus war aber offenbar nicht nur in der Armee vorhanden, auch die «Securitate» stand anscheinend nur noch teilweise hinter Ceauşescu.[30]

Zentrale Bedeutung kam dem Fernsehen zu, nachdem es der Kontrolle der Kräfte, die sich Ceauşescu gegenüber loyal verhielten, entglitten war. Das Geschehen konnte somit «live» ins ganze Land ausgestrahlt werden, so dass auch die Menschen in den vielen Gebieten, die von den Unruhen nicht erfasst wurden, von den Ereignissen erfuhren. Noch am 22. Dezember, nur kurz nach der Flucht Ceauşescus, wurde am Fernsehen verkündet, dass eine Gruppierung namens «Frontul Salvării Naţionale» (FSN, Front der Nationalen Rettung) die Macht provisorisch übernommen habe. Als ihr Kopf trat Ion Iliescu[31] auf, der die Einführung einer Demokratie, die Respektierung der Menschenrechte und freie Wahlen ankündigte. Die grosse Mehrheit der 23 Millionen Einwohner Rumäniens verfolgte den Verlauf der Ereignisse, die schon bald als Revolution[32] bezeichnet wurden, am Fernsehschirm. Das Fernsehen spielte in diesen Tagen eine wichtige Rolle bei der Formierung der neuen Machtstrukturen. Die FSN präsentierte sich als eine spontan aus der Volkserhebung entstandene Gruppe, die die Macht verwalte, um das Land zu Freiheit und Demokratie zu führen und um freie Wahlen vorzubereiten.

Schon bald aber wurden Stimmen laut, welche die lauteren Absichten der FSN in Frage stellten und gar davon sprachen, ihre Führer hätten sich bereits unter Ceauşescu gegen diesen verschworen, um selber die Macht zu ergreifen. Sie hätten den Volksaufstand für ihre eigenen Ziele ausgenützt oder ihn sogar provoziert, um die Geschehnisse zu Beginn aus dem Hintergrund verfolgen zu können und erst im entscheidenden Augenblick hervorzutreten. Dies könne erklären, warum sich die FSN so kurz nach der Flucht Ceauşescus bereits konstituiert und der Bevölkerung vorgestellt habe und warum Ceauşescu und seine Frau am 25. Dezember nach einem juristisch zumindest fraglichen summarischen Gerichtsverfahren sofort hingerichtet wurden. Die neuen Machthaber hätten die Exekution Ceauşescus angeordnet aus Furcht vor allfälligen Aussagen des Ex-Diktators mit für die neue Machtelite unangenehmen Einzelheiten. Selbst Spekulationen über ein ausländisches Eingreifen

29 Gabanyi (1990), S. 105 ff.
30 Ebenda, S. 92.
31 Ion Iliescu repräsentiert den typischen Vertreter der von Ceauşescu entmachteten Nomenklatura. Nach einem raschen Aufstieg in der Hierarchie war er nach 1971 im Zuge der verschärften Gangart Ceauşescus auf unwichtigere Posten abgeschoben worden. Bereits vor dem Machtwechsel galt er als möglicher Nachfolger Ceauşescus.
32 Zum Begriff der Revolution siehe Gabanyi (1998), S. 4 ff.

machten die Runde. Die Ausschreitungen in Timişoara seien von ausländischen Geheimdiensten provoziert worden. In den Tagen vor dem Ausbruch der Unruhen hätten sich auffällig viele ungarische und sowjetische «Touristen» in der Stadt aufgehalten.[33]

Aufgrund derartiger Vermutungen erhob sich schon bald der Vorwurf, es habe sich im Dezember 1989 nicht um eine Revolution oder einen Volksaufstand, sondern vielmehr um einen Staatsstreich gehandelt, was in Begriffen wie demjenigen von der «unvollendeten Revolution» zum Ausdruck kommt.[34] Neben der Frage, ob die FSN vor dem 22. Dezember schon in irgendeiner Form bestanden hat, ist auch deren Rolle bei den Volksaufständen von Interesse. Denn es wäre durchaus vorstellbar, dass eine abtrünnige Gruppe innerhalb der Kommunistischen Partei Pläne für den Fall der Amtsunfähigkeit Ceauşescus[35] ausgearbeitet hatte, dann aber von den Ereignissen in Timişoara (und Bukarest) überrascht wurde und die Gunst der Stunde ergriffen hat.

Die neuen Machthaber um Ion Iliescu, den Führer der FSN und somit provisorisches Staatsoberhaupt, und Petre Roman[36], der das Amt des Premierministers übernahm, bestritten vehement, dass die FSN schon vor dem Sturz Ceauşescus bestanden habe. Sie beharrten darauf, dass die FSN eine Spontangründung der Revolutionstage gewesen sei und sie selber vom Gang der Ereignisse ebenso überrascht worden seien wie der Rest der Welt.

Mit all den ungeklärten Fragen im Umfeld der Ereignisse vom Dezember 1989 verband sich in der folgenden Zeit viel innenpolitischer Zündstoff. Die FSN musste sich den Vorwurf gefallen lassen, die Macht mit illegitimen Mitteln an sich gerissen zu haben. Durch einen praktisch nahtlosen Übergang der Herrschaft von Ceauşescu an die FSN habe diese sich zu einem Zeitpunkt in allen wichtigen Machtpositionen einnisten können, als ihr noch keinerlei organisierte Opposition gegenüberstand. Dieser durch keinen Volkswillen legitimierte Vorsprung sei dann weidlich ausgenützt worden, um die erreichte Position zu halten und auszubauen. So etwa die Kontrolle über das Fernsehen, dessen regierungsfreundliche Berichterstattung in den Jahren darauf ständige Kritik der Opposition auf sich zog.

33 Zu letzterer Behauptung siehe beispielsweise Liviu Vălenaş in «Baricada» Nr. 22/1990 zit. in: Marius Mioc: Falsificatorii istoriei. Timişoara 1995, S. 34.
34 Ausführlicher zur Staatsstreichtheorie bei Gabanyi (1990), vor allem S. 82 ff. und Gabanyi (1998), S. 154 ff.
35 Über dessen schlechten Gesundheitszustand viel spekuliert wurde.
36 Petre Roman ist Sohn eines bekannten Altkommunisten und war bis 1989 Hochschullehrer. Mit seinen damals 43 Jahren repräsentierte er den jungen Technokraten der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura.

Die Transformation Rumäniens in den neunziger Jahren

Mit dem Sturz Nicolae Ceaușescus hatte die Kommunistische Partei Rumäniens (PCR) praktisch von einem Tag auf den nächsten aufgehört zu existieren. Die neuen Machthaber erklärten sie für aufgelöst. Es gab auch praktisch niemanden mehr, der sich offen zu ihr bekannt hätte. Zu fest schienen ihre Ideen durch die Politik Ceaușescus kompromittiert zu sein als dass es jemand gewagt hätte, durch seine Identifizierung mit der Partei den Volkszorn auf sich zu ziehen. So verschwand die zuvor knapp vier Millionen Mitglieder zählende PCR, ohne formal aufgelöst worden zu sein, von der Bildfläche. Dieser äusserlich radikale Bruch begünstigte die nachrückenden Eliten, die sich in der Front der Nationalen Rettung FSN versammelten. Dadurch dass man Ceaușescu verdammte und das Bekenntnis zum Kommunismus opferte, konnten alle Verfehlungen auf das alte System geschoben werden. Durch die entschiedene Distanzierung vom gestürzten Regime suchte sich die Front demgegenüber als neue Kraft zu präsentieren, die in keinerlei Verbindung zu ebendiesem alten System stehe. So wollte man darüber hinwegtäuschen, dass unter dem Deckmantel der Front, deren Führungsmitglieder praktisch alle der kommunistischen Nomenklatura entstammten, die Konservierung der alten Strukturen unter neuen Vorzeichen betrieben wurde.

Schon bald konstituierte sich die FSN als Partei und beschloss, an den von ihr ausgeschriebenen Wahlen im Frühjahr 1990 teilzunehmen. Dies obwohl sie sich zuvor als provisorische Kraft ausgegeben hatte, als Plattform, der alle Kräfte des Landes angehören sollten und deren Ziel darin bestand, freie Wahlen zu organisieren, nicht jedoch an ihnen teilzunehmen. Nun aber argumentierte man plötzlich, dass die FSN als einzige politische Kraft in der Lage sei, das Land aus der schwierigen Situation herauszuführen. Die Bevölkerung solle an ihre Arbeitsplätze zurückkehren und der Front vertrauen. «Lasst die Front denken», so lautete der Tenor ihrer Anhänger.[37]

Aufgrund der Atomisierung der Gesellschaft und des Fehlens einer organisierten Opposition unter Ceaușescu fiel es schwer, alternative politische Gruppierungen zu bilden, die der Front das Wasser hätten reichen können. Neue politische Strukturen mussten erst einmal von Grund auf geschaffen werden. Daher griff man teilweise auf die politischen Konzepte der vorkommunistischen Zeit zurück. In den Wochen nach dem Sturz Ceaușescus wurden Parteien neu gegründet, die von den Kommunisten nach ihrer Machtergreifung verboten worden waren. Darunter befanden sich die beiden

37 «Lasați Frontul să gândească» (*Adevărul*, Nr. 30, 30. 1. 1990). «Front» kann dabei auch als eine Anspielung auf das rumänische Wort frunte (Stirne) verstanden werden.

grössten Parteien der Zwischenkriegszeit, die Nationalliberale Partei (Partidul Național Liberal, PNL) und die Nationale Bauernpartei (unter dem erweiterten Namen Nationale Christlich-Demokratische Bauernpartei: Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat, PNȚCD) sowie die kleinere Sozialdemokratische Partei (Partidul Social Democrat Român, PSDR). Sie wurden von Überlebenden der jeweiligen Vorgängerparteien neu konstituiert. Diese Parteimitglieder hatten für ihre politischen Überzeugungen nach der kommunistischen Machtergreifung oft lange Jahre im Gefängnis gesessen oder waren rechtzeitig emigriert und kehrten nun, nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur, wieder nach Rumänien zurück. Obschon – oder paradoxerweise gerade weil – sie eindeutig antikommunistisch eingestellt waren, hatten sie einen schweren Stand der Front gegenüber, war diese doch in den dramatischen Stunden im Dezember 1989 im Fernsehen dem ganzen Lande als rettende Kraft vorgestellt worden, und bezog daraus ihre Legitimität. Ihre Führungskräfte, Angehörige der ehemaligen Nomenklatura, die sich nun als Dissidenten innerhalb des Systems darstellten, waren der Bevölkerung vertraut, die Vertreter der historischen Parteien hingegen so gut wie gar nicht. Die neuen Parteien waren mit dem Nachteil behaftet, sich zuerst richtig organisieren zu müssen, während die Front als Partei der ehemals kommunistischen Elite eingespielte Beziehungen auf informeller wie auch die Organisationsstrukturen der PCR auf formeller Ebene zu nutzen vermochte. Überdies ergriffen die grossen Medien und insbesondere das Fernsehen in der Wahlkampfphase eindeutig zugunsten der FSN Partei. Diese verstand es, die Wähler mit populistischen Versprechungen zu ködern. Durch verschiedene Massnahmen konnte sie bereits in den ersten Wochen nach ihrer Machtübernahme die Versorgungslage spürbar verbessern, was ihr in den Tagen des Umsturzes erworbenes Ansehen in der Bevölkerung weiter stärkte. Dadurch dass sie populistische Versprechungen machte und eine baldige Besserung der Lage ohne negative Auswirkungen in Aussicht stellte, verkündete die FSN genau das, was die Bevölkerung hören wollte.[38]

Die historischen Parteien dagegen stiessen mit ihren komplexen und abstrakten Forderungen nach einer politischen und moralischen Erneuerung auf wenig Resonanz bei der Wählerschaft. Durch den sozialen Wandel in der mehr als vierzig Jahre dauernden kommunistischen Zeit[39] hatten sie ihre traditionellen Wählerschichten verloren. Als zusätzliche Erschwerung kam hinzu,

38 ALINA MUNGIU: Românii după '89. Istoria unei neînțelegeri. București 1995, S. 260.

39 Genauere Angaben zu den sozialen Veränderungen unter dem Kommunismus sind zu finden in RADU FLORIAN/DAMIAN HUREZEANU/ALEXANDRU FLORIAN: *Tranziții în modernitate. România în secolele XIX–XX*. București 1997, S. 293 ff.

dass die Opposition nicht geeint auftrat. Nach der Aufhebung des Parteienverbots waren die Bedingungen zur Gründung neuer Parteien so tief angesetzt worden, dass in der Folge eine ganze Reihe oftmals kleiner und kleinster Parteien entstanden, die sich gegenseitig konkurrierten. Diese Zersplitterung kam der Front zugute, die selber relativ geeint und gut organisiert auftrat. Es kam zu einer «consolidation du pouvoir de l'ancien appareil du parti, mais non du retour au communisme».[40]

Unter diesen Umständen überraschte es kaum jemanden, dass die Wahlen, die schliesslich im Mai 1990 stattfanden, von der FSN mit rund zwei Dritteln der Stimmen klar gewonnen wurden. Bei den Präsidentschaftswahlen war das Resultat noch eindeutiger: 85 Prozent der Stimmen entfielen auf den Führer der FSN, Ion Iliescu. Seine beiden Gegenkandidaten im Präsidentschaftswahlkampf, Radu Câmpeanu von der PNL und Ion Raţiu von der PNŢCD, waren beide aus jahrzehntelangem Exil nach Rumänien zurückgekehrt. Daher hatte die Propaganda der Front gegen sie ein leichtes Spiel gehabt. Sie und die Vertreter der historischen Parteien im allgemeinen wurden als altersschwache Greise beziehungsweise als feige Schmarotzer dargestellt, die die schweren Zeiten im Ausland verbracht hätten und nun, ohne Verständnis für die Leiden der im Land Verbliebenen, zurückkehrten, um ihre früheren Pfründen wieder an sich zu reissen und das Land zu plündern.[41]

Am 20. Juni wurde Petre Roman zum Premierminister der neuen Regierung bestimmt. Diese leitete Reformen ein und unternahm erste Schritte zur Einführung einer Marktwirtschaft. Auch eine radikale Privatisierung wurde angekündigt. Am 1. November traten erste Preisliberalisierungen in Kraft. Die einsetzende Umgestaltung des Rechtssystems[42] orientierte sich, der historischen Tradition folgend, am Vorbild des westlichen, insbesondere des französischen, Rechts. Auch die neue Verfassung, die schliesslich am 8. Dezember 1991 in einer Volksbefragung angenommen wurde, lehnt sich stark an die Verfassung der Fünften Republik an.

Innerhalb der regierenden FSN kam es aber schon bald zu Konflikten über den einzuschlagenden Kurs. Denn einem von jungen Technokraten domi-

40 Jean-Marie Le Breton: *La fin de Ceauşescu. Histoire d'une révolution*. Paris 1996, S. 124.

41 Sogar Corneliu Coposu, der bereits vor der kommunistischen Machtergreifung Mitglied der Nationalen Bauernpartei gewesen war und deshalb lange Jahre im Gefängnis verbracht hatte, wurde mit den gleichen Vorwürfe konfrontiert, obwohl er die ganze kommunistische Zeit über in Rumänien geblieben war. Mungiu (1995), S. 31. Das traditionelle Verhältnis zum «Fremden» und die vom rumänischen Kommunismus praktizierte Polarisierung in «wir» und «die andern» bildete den Nährboden dafür, dass die aus dem Exil zurückgekehrten Rumänen oftmals nicht als «richtige» Rumänen angesehen wurden. Boia (1997), S. 179.

42 Dabei konnte sich Rumänien auch noch auf einige Gesetze aus der vorkommunistischen Zeit stützen, die rein formal nie ausser Kraft gesetzt worden waren.

nierten Flügel um den Premier standen die konservativen Parteikader gegenüber. Diesen gingen die Reformen zu schnell, sie fürchteten um ihren Einfluss als Folge der unpopulären Massnahmen, die im Rahmen der Reformen unumgänglich waren. Präsident Iliescu fungierte als der unerklärte Führer dieser konservativen Gruppe. Das Schwelen dieses Konfliktes beeinträchtigte das Tempo der Reformvorhaben, die Umsetzung des Regierungsprogrammes kam nur noch schleppend voran. Als im September 1991 Bergarbeiter aus dem Valea Jiului (Schiltal) nach Bukarest kamen, um ihren Forderungen nach Absetzung der Regierung Roman, welche sie für Preiserhöhungen verantwortlich machten, Nachdruck zu verleihen, war das Ende der Regierung Roman besiegelt.

Nach ihrem Rücktritt führte eine Übergangsregierung unter dem Ökonomen Teodor Stolojan die von seinem Vorgänger begonnene Politik grösstenteils unverändert fort. Den Lokalwahlen vom Februar 1992 folgten im Herbst des gleichen Jahres allgemeine Wahlen. Da die demokratische Opposition, die sich in dem Bündnis Demokratische Konvention Rumäniens (Convenţia Democratică din România; CDR) zusammengeschlossen hatte, bei den Lokalwahlen gut abgeschnitten hatte, waren die Erwartungen auf einen Machtwechsel gross. Die Regierungspartei FSN hatte sich nämlich im Frühjahr 1992 nach längeren inneren Spannungen gespalten. Aus dem Iliescu nahestehenden konservativen Flügel wurde die spätere Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (Partidul Democraţiei Sociale din România; PDSR).[43] Der verbliebene, reformfreudigere Teil der Front unter Ex-Premier Roman benannte sich später in Demokratische Partei um (Partidul Democrat; PD).

Die Erwartungen der Opposition auf einen Wahlsieg erfüllten sich im September 1992 aber nicht. Stärkste Partei wurde die aus der FSN hervorgegangene nachmalige PDSR, auch wenn ihr Resultat (rund 28 Prozent der Stimmen) weit hinter demjenigen der FSN von 1990 zurückblieb. Ion Iliescu wurde als Präsident wiedergewählt. Zur Regierungsbildung war die PDSR allerdings auf parlamentarische Unterstützung angewiesen. Die CDR verweigerte sich aus ideologischen Gründen der Bildung einer Koalition. Aufgrund der Kräfteverhältnisse im Parlament kam vier (später nur noch drei) kleineren, extremistischen Parteien die Bedeutung des Züngleins an der Waage zu. Sie unterstützten die neugebildete Regierung unter dem Wirtschaftsexperten Nicolae Văcăroiu parlamentarisch. Diese prekären Mehrheitsverhältnisse wirkten sich negativ auf den weiteren Verlauf der Reformen aus.[44] Die PDSR

43 Nicht zu verwechseln mit der «historischen» Sozialdemokratischen Partei PSDR.

44 Robert Weiner: Democratization in Romania. In: Lavinia Stan: *Romania in transition*. Hampshire 1997, S. 12.

glänzte nicht durch einen besonderen Reformeifer, eine Tendenz, die noch verstärkt wurde durch die nationalistisch-neokommunistischen Kräfte, die sie unterstützten.

Văcăroiu sprach sich für verlangsamte Reformen aus. Damit wurden dringend nötige Veränderungen auf die lange Bank geschoben, der Reformprozess geriet ins Stocken. Nachdem unter den Regierungen Roman und Stolojan rechtliche Voraussetzungen geschaffen und erste Reformschritte getan worden waren, hätte es nun an der Regierung Văcăroiu gelegen, Reformmassnahmen im grossen Stil durchzuführen. Das geschah aber nicht, obwohl die Notwendigkeit von Reformen und der Schaffung einer Marktwirtschaft von ihr nicht bestritten wurde. Vielmehr ging es ihr darum, den Übergang zur Marktwirtschaft stufenweise und sozial abgefedert zu realisieren, im Gegensatz zur Opposition, die sich für eine radikale Schocktherapie aussprach. Mit der Regierung Văcăroiu sollte sich vorerst die Konzeption eines langsamen, nicht zu radikalen und sozial verträglichen Wandels behaupten.[45] Die Oppositionsparteien kritisierten das zaghafte Vorgehen der Regierung. Sie argumentierten, diese Politik werde langfristig die sozialen Kosten der Reform in die Höhe treiben. Allerdings gelang es der Opposition nicht, zu einer wesentlichen Kursänderung beizutragen, nicht zuletzt, weil sie von inneren Streitigkeiten geschwächt wurde.

Trotz dem verzögerten Fortgang des Reformprozesses und einer Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, die im Ausland auf teils harsche Kritik stiess, durchbrach Rumänien gerade in der Regierungszeit Văcăroius endgültig die internationale Isolation der späten achtziger Jahre. So wurde das Land 1993 etwa in den Europarat aufgenommen, erhielt die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA zurück[46] und trat 1994 als erstes Land der NATO-Partnerschaft für den Frieden bei. Der Integration Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen massen auch die reformträgen Schichten der PDSR grosse Bedeutung bei, wobei sie sich auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen konnten.[47] Sowohl innerhalb der PDSR als auch der Opposition bestand ein relativ einhelliger Konsens darüber, dass die Aussenpolitik des Landes zu einer verstärkten Annäherung an Westeuropa führen müsse.

45 Ausführlicher dazu: Wolf Oschlies: Wirtschaftsreform und Reformdebatten in Rumänien. In: BIOSt, 1994, Nr. 42 .

46 Rumänien besass die Meistbegünstigungsklausel der USA bereits von 1975 bis 1988, als Ceaușescu darauf verzichtete, da es sich abzeichnete, dass sie dem Lande aufgrund seiner Menschenrechtsverletzungen entzogen werden sollte.

47 Der NATO-Beitritt erfreut sich von allen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in Rumänien der grössten Beliebtheit und bildet auch einen Konsens praktisch aller grösseren Parteien. Vergleiche dazu Anneli Ute Gabanyi: Rumänien und die NATO. In: BIOSt, 1997, Nr. 20, S. 4.

Seit 1994 kam es auch zu einem Umdenken und einer leichten Beschleunigung des Reform- und Umstrukturierungsprozesses. Dennoch blieben Massnahmen grossen Stils weiterhin aus; an die Restrukturierung der grossen Industriebetriebe wagte sich das Kabinett Văcăroiu nicht heran. Die Resultate der Wirtschaftsreformen bis zum Herbst 1996 sind – verglichen mit denen in fortschrittlichen Reformstaaten – bescheiden.[48] Strukturelle Änderungen waren verschleppt worden. Die zögerlichen und halbherzigen Reformen verschlimmerten die ohnehin schon schlechte Ausgangslage und führten zu einem Rückgang des Lebensstandards. Dass beispielsweise die Preise zwar stufenweise freigegeben wurden, ohne aber gleichzeitig entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen wie etwa die faktisch weiterbestehenden Monopole zu zerschlagen, wurde von den Betrieben zu willkürlichen Preiserhöhungen genutzt, was zur Inflation und dem Schwund der Kaufkraft beitrug.

Im Rückblick präsentiert sich die Entwicklung Rumäniens von 1990 bis 1996 im Zeichen der Machtausübung durch eine zweite Garde der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura ambivalent. Auf die grösstenteils unterbliebenen Reformen und den schleppenden Verlauf der Umstrukturierung wurde bereits hingewiesen. Darin unterscheidet sich Rumänien von der fortschrittlichsten Gruppe der Reformstaaten, der Višegrad-Gruppe. Auch kam es zu keinem Elitenwechsel, sondern an die Stelle des Ceaușescu-Clans trat lediglich die zuvor zeitweise entmachtete Nomenklatura.

Andererseits hatten die Ereignisse vom Dezember 1989 eine Reihe von Verbesserungen auf verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten zur Folge. Dies betrifft die Einhaltung der Menschenrechte, die Einführung eines Mehrparteiensystems, die Abhaltung freier Wahlen, die Respektierung der Pressefreiheit oder die Zulassung privater Wirtschaftstätigkeiten. Im Verlauf des Jahres 1994 gelang es aufgrund monetärer Massnahmen, eine makroökonomische Stabilität zu erreichen, eine allgemeine Öffnung des Landes wurde eingeleitet und Unruhen oder gewalttätige Ausschreitungen sind nach 1990 grösstenteils ausgeblieben[49]. Auch wenn diese Verbesserungen bei weitem nicht ausschliesslich der Regierung zuzuschreiben sind, und oftmals nicht wegen, sondern trotz der Regierung realisiert werden konnten, ist dennoch

48 Einen guten Überblick über den Privatisierungsprozess bietet Herbert Brückner/Wolfgang Hillebrand: *Privatisierung in Rumänien*. Berlin 1996 (= Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Berichte und Gutachten, 9/1996).

49 Mit Ausnahme der erneuten Bergarbeiterunruhen im Januar 1999.

festzuhalten, dass die Regierung diese Entwicklungen zumindest geduldet und gewisse Veränderungen – etwa den Ausbruch aus der internationalen Isolation – selber aktiv betrieben hat. Vergleicht man die Entwicklung etwa mit jener im westlichen Nachbarland Jugoslawien, so lässt sich festhalten, dass unter Berücksichtigung der schlechten Ausgangslage Rumäniens bemerkenswerte Fortschritte erzielt wurden, so bei der Bildung einer Bürgergesellschaft oder der Einleitung von Reformen. Trotz der Tatsache, dass Rumänien bei der Transformation manchen anderen osteuropäischen Staaten hinterherhinkte, ist doch insgesamt eine vorsichtig positive Bilanz zu ziehen. Rumänien versuchte in den ersten Jahren nach der Ceaușescu-Diktatur die Grundlagen zur Transformation zu legen, die in anderen Staaten teilweise bereits unter dem kommunistischen Regime geschaffen worden waren.

Bei den Wahlen vom Herbst 1996 kam es dann zu der von der Opposition lange erwarteten Wende. Nachdem bei den Lokalwahlen im Juni die Opposition erneut, wie vier Jahre zuvor, sehr gut abgeschnitten hatte, ging sie ebenfalls aus den Parlamentswahlen als Siegerin hervor. Auch bei den Präsidentschaftswahlen siegte der Oppositionskandidat, Emil Constantinescu.[50] Somit hatte ein Machtwechsel auf allen Ebenen stattgefunden. Zum Wahlergebnis beigetragen hatte die schlechte wirtschaftliche Lage. Offenbar trauten viele Leute den Machthabern der PDSR nicht mehr zu, dass sie die allgemeine Lage verbessern können, nachdem sie damit sieben Jahre ohne Erfolg geblieben waren. Auch die ständige Kritik der unabhängigen Medien, die sich seit den Wahlen von 1992 hatten etablieren können, war für den Stimmungsumschwung mitverantwortlich.[51]

Die neue Regierung basierte auf einer breiten Koalition aus der CDR, der Demokratischen Partei des ehemaligen Premiers Roman, der Sozialdemokratischen Partei und des Demokratischen Verbandes der Ungarischen Minderheit Rumäniens (Uniunea Democrată Maghiară din România; UDMR). Premier wurde Victor Ciorbea, Mitglied der PNȚCD, der grössten Partei des Bündnisses CDR.[52] Das Regierungsprogramm, das die rasche und kompromisslose

50 Emil Constantinescu war 1992 im Präsidentschaftswahlkampf unterlegen. Der Geologieprofessor und Mitbegründer der basisdemokratischen Bürgerallianz war vor 1990 zwar Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen, gerade deshalb aber, im Gegensatz zu den radikal antikommunistisch auftretenden Präsidentschaftskandidaten von 1990, für viele wählbar, die trotz einer Parteimitgliedschaft vor 1989 politisch nicht aktiv gewesen waren und sich vor einer Hexenjagd gegen ehemalige Parteimitglieder fürchteten.

51 GUDRUN LINGNER: Die rumänischen Printmedien. Ausdruck und Motor der Demokratisierung. In: BIOSt, 1997, Nr. 13, S. 11.

52 Der ehemalige Gewerkschaftsführer und Bürgermeister von Bukarest wurde somit zum ersten Premierminister der Nationalen Bauernpartei seit der Demission des Premierministers Alexandru Vaida-Voevod im November 1933.

Umsetzung einer radikalen Reform versprach, stiess auf ein äusserst positives Echo im Westen. Die neue Regierung konnte aber auch auf das Vertrauen der Bevölkerung zählen, die zum grossen Teil bereit war, trotz der schwierigen Lage die Konsequenzen einer strikten Reformpolitik zu tragen.[53]

Die konkrete Umsetzung der Versprechungen zeigte sich dann aber schwieriger als erwartet. Neben den ungünstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen wurde die heterogene Zusammensetzung der Koalition zu einem ernsthaften Problem. Im Gegensatz zu der in ihrer politischen Ausrichtung vergleichsweise einheitlichen Văcăroiu-Regierung umfasste das Kabinett Ciorbea Christlichdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale und den auf ethnischer Grundlage organisierten UDMR. Neben Differenzen in Sachfragen spielten aber auch persönliche Animositäten, Profilierungsstreben und Machtansprüche eine Rolle. Nachdem die Meinungsverschiedenheiten durch eine Regierungsumbildung Ende 1997 vorerst entschärft zu sein schienen, brach der Konflikt nach Neujahr erst richtig aus. Kleinliche Streitereien blockierten den Fortgang der Reformen für Monate. Die Früchte des Wahlsieges von 1996, insbesondere das verbesserte Image Rumäniens im Ausland, wurden damit leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Auch relativierten sich die grossen Hoffnungen auf eine schnelle Besserung der Lage, die nach dem Wahlsieg der Opposition 1996 geherrscht hatten. Im Streit zwischen verschiedenen Gruppierungen, die sich gegenseitig der Verzögerung der Reformen beschuldigten, geriet Premier Ciorbea ins Kreuzfeuer der Kritik. Nach einem monatelangen Ringen wurde er schliesslich von seiner Partei fallengelassen und Radu Vasile, ebenfalls Mitglied der PNȚCD, im April 1998 zu seinem Nachfolger ernannt. Allerdings zeigte es sich, dass der Wechsel mehr kosmetischer Art war, da das neue Kabinett mit den gleichen koalitionsinternen Problemen zu kämpfen hat. Auch wurden in den ersten Monaten nach dem Amtsantritt des Kabinettes Vasile die angekündigten Ziele der Reformen einmal mehr nicht erreicht.

Modernisierungsstrategien und Modernisierungshemmnisse aus historischer Sicht

Das Territorium Rumäniens ist traditionellerweise ein Übergangs- beziehungsweise Durchgangsraum, der den wechselnden Einflüssen verschiedener umliegender Mächte ausgesetzt war. Bedingt durch seine Randlage zwischen

53 »Zwei Drittel akzeptieren die radikale Reform«. In: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, Nr. 1080, 4. 4. 1997.

diesen blieb der ausländische Einfluss meist kurzfristig oder indirekt, darauf beschränkt, dass fremde Völkerschaften die Gebiete plünderten, als Durchzugsgebiet benutzten oder Tribute einforderten. Nachdem erst sehr spät, im 14. Jahrhundert, auf dem Gebiet des heutigen Rumänien Staaten entstanden (die Fürstentümer Walachei und Moldau), gerieten diese bald unter osmanische Oberhoheit. Doch blieben die beiden Fürstentümer als solche bestehen und erfreuten sich einer gewissen Autonomie, welche sie von den in den osmanischen Staat integrierten Gebieten Südosteuropas unterschied.[54] Das Interesse der Pforte war, neben der Sicherung der nordöstlichen Flanke beim Vorstoss nach Mitteleuropa, vor allem ökonomischer Art (Versorgung mit verschiedenen Gütern aus dem Donau-Karpatenraum, Tributzahlungen). Im kulturellen, politischen und juristischen Bereich jedoch begannen gerade in der Zeit, als die orthodoxen Staaten des Balkans zu osmanischen Provinzen wurden, byzantinische Traditionen in den beiden Fürstentümern zu erstarken, nicht zuletzt durch die Emigration von Griechen, die in der Walachei und der Moldau Zuflucht fanden. Vom 15. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und besonders während der Herrschaftszeit der griechischen Fanarioten im 18. Jahrhundert, standen sie unter starkem byzantinischen Einfluss («Byzance après Byzance» nach den Worten des rumänischen Historikers Nicolae Iorga).[55] Daneben spielten aber auch traditionelle Elemente weiterhin eine wichtige Rolle, etwa das einheimische Gewohnheitsrecht (obiceiul pământului).[56] Die Elite des einheimischen Boiarentums blieb in den beiden Fürstentümern weiterhin bestehen.

Im 18. und 19. Jahrhundert kam es zu einer Emanzipationsbewegung der Rumänen, welche die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates zum Ziel hatte. Das von den Rumänen bewohnte Gebiet lag genau dort, wo sich

54 Dazu: Mihai Maxim: Le Statut des pays roumains envers la Porte ottomane aux XVIe – XVIIIe siècles. In: *Revue Roumaine d'histoire*, 24,1–2 (1985), S. 29–50.

55 Eine kurze Übersicht über den byzantinischen Einfluss vom 14. bis 19. Jahrhundert bietet D. J. Deletant: Some Aspects of the Byzantine Tradition in the Rumanian Principalities. In: *The Slavonic and East European Review*, 59/1 (1981), S. 1–14. Die Datierung der ersten byzantinischen Einflüsse (über südslawische Vermittlung) ist schwer zu bestimmen, geht wahrscheinlich aber auf die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts zurück. Andrei Pippidi: *Tradiția politică bizantină în țările române în secolele XVI–XVIII*. București 1983, S. 250. (Für einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit siehe Ders.: À la recherche d'une tradition politique byzantine dans les pays roumains. In: *Nouvelles études d'histoire*, București, 2 (1980), S. 121–130.)

56 In der Praxis war das Gewohnheitsrecht die eigentliche Quelle des rechtlichen Lebens. Vladimir Hanga: Die Rezeption des römisch-byzantinischen Rechtes in den rumänischen Fürstentümern. Theorien. Realitäten. In: *Nouvelles études d'histoire*, București, 7 (1985), S. 16 ff. Zum Gewohnheitsrecht siehe Ders.: *Les institutions du droit coutumier roumain*. București 1988 (= Bibliotheca Historica Romaniae, 71).

die Interessengebiete des Osmanischen Reiches, der Donaumonarchie und des Russländischen Reiches überschnitten. Somit hing die nationale Emanzipation eng von der Entwicklung dieser drei Grossmächte ab. Die Verbindung der Donaufürstentümer mit der Pforte löste sich ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des russischen Expansionsdranges nach Südosteuropa. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es schliesslich zur Vereinigung der Fürstentümer Moldau und Walachei, zur Annahme einer modernen Verfassung und schliesslich zur vollen staatlichen Unabhängigkeit. Damit war der moderne rumänische Nationalstaat (der allerdings noch nicht alle von Rumänen besiedelten Gebiete umfasste) geboren.

Im neuen Staat spielten nach Westeuropa orientierte Eliten eine wichtige Rolle. Nationales Gedankengut, welches die Grundlage für die Entstehung des unabhängigen Rumänischen Staates gebildet hatte, war liberalen westlichen und besonders französischen Vorbildern entlehnt.[57] Doch spielte auch die orthodoxe (in Siebenbürgen die unierte) Kirche eine wichtige Rolle im Prozess der Nationswerdung. Das Ideal der prowestlichen Elite bestand in einer Modernisierung Rumäniens nach westeuropäischem Muster. Allerdings waren die Ausgangsbedingungen dafür denkbar ungünstig. Der junge Staat war weitgehend agrarisch geprägt. Die archaischen landwirtschaftlichen Methoden machten die Situation der Bauern sehr schwierig. Agrarreformen bildeten denn auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Modernisierung. Sie stiessen jedoch auf den Widerstand der Grossgrundbesitzer. Die schlechte Lage der grossen Masse der Bauern veränderte sich auch nach Agrarreformen von 1864 trotz einiger Verbesserungen nicht grundlegend. Schliesslich eskalierte die Situation 1907 in einem gewalttätigen Bauernaufstand, der das Land erschütterte. Nach der Unterdrückung der Revolte blieben konkrete Verbesserungen aber weiterhin aus.[58]

57 Zum Einfluss Frankreichs siehe beispielsweise Dan Berindei: *Românii și Europa în perioadele premodernă și modernă*. București 1997, S. 96 ff. und zu einzelnen Aspekten den Sammelband von Alexandru Zub (Hg.): *La révolution française et les roumains. Impact, images, interprétations*. Iași 1989. Im 18. Jahrhundert kam die rumänische Oberschicht vor allem durch die Vermittlung der sogenannten Fanarioten (von den Türken eingesetzte griechische Fürsten in der Moldau und der Walachei) sowie von Offizieren der russischen Armee (die sich aufgrund der verschiedentlichen russischen Besetzungen der Donaufürstentümer dort aufhielten) in Kontakt mit französischem Gedankengut.

58 Die Landwirtschaft blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein stark archaisch geprägt. Zwar war die Leibeigenschaft bereits 1746 (Walachei) beziehungsweise 1749 (Moldau) (in Siebenbürgen 1785) abgeschafft worden, durch Frondienste blieben die Bauern aber weiterhin abhängig. Diverse Reformen verbesserten die Lage der grossen Masse der Bauern kaum, sondern zwangen sie in neue Abhängigkeiten. Vergleiche auch Florian/Hurezeanu/Florian (1997), S. 116 ff.

Eine der treibenden Kräfte der Modernisierung Rumäniens in den ersten Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit war die 1875 aus liberalen Zirkeln gebildete Nationalliberale Partei (PNL), deren Basis vor allem aus Vertretern der aufsteigenden, aber dünnen Schicht des Bürgertums, Gutsbesitzern und Teilen der begüterten Bauernschaft bestand.[59] Nach der Ansicht der PNL sollte die Modernisierung Rumäniens aus eigenen Kräften erfolgen. Die Entwicklungsunterschiede mit dem Westen sollten aufgehoben werden, ohne in neue (ökonomische) Abhängigkeiten zu geraten. Diese Konzeption fand ihren Ausdruck in der Formel «prin noi înşine» (durch uns selber). Demzufolge sollte etwa die Entstehung von Kleingrundbesitz gefördert werden, damit sich auch die Bauernschaft mit dem neuen Staat identifiziere, einheimische Kreditinstitutionen sollten geschaffen werden, um beim Zugang zu Kapital die Auslandsabhängigkeit zu vermindern, die Entwicklung von Industrie sollte begünstigt und unter anderem durch Schutzzölle unterstützt werden, da die Industrialisierung als eine wichtige Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung begriffen wurde.[60]

Die konservativen Grossgrundbesitzer und Teile der bürgerlichen Kaufmannsschicht dagegen suchten vor allem ihre gesellschaftliche Stellung und den ungehinderten Export landwirtschaftlicher Güter zu sichern. Ihre Konzepte waren weniger einheitlich als diejenigen der Liberalen. Erst 1880 kam es zur Gründung der Konservativen Partei. Im Gegensatz zu den Liberalen standen die Konservativen eher unter dem Einfluss von deutschem Gedankengut. Einen wichtigen Impuls auf ihr Denken übte die Gruppierung der Junimea aus. Diese Jungkonservative Bewegung war in der Moldau als literarische Gesellschaft gegründet worden. Die Formulierung ihres geistigen Vordenkers Titu Maiorescu von den «forme fără fond» (Formen ohne Inhalt) beschreibt die Gesellschaftskritik der Junimea. Die Übernahme westlicher Vorbilder im Rahmen der Modernisierung wird kritisch hinterfragt, da sie auf keinerlei dem westlichen System vergleichbaren Grundlagen ruhten. Vielmehr handle es sich um eine künstliche, oberflächliche Nachahmung ausländischer Ideen, um die Übernahme von äusseren Formen ohne deren Inhalt. Aus ihrem historisch-sozialen Kontext gerissen stünden sie in Widerspruch zu den traditionellen Werten der rumänischen Bevölkerung und würden zu einem Konflikt mit der organischen Entwicklung führen. Die Vertreter der Junimea plädierten für eine behutsame, langsame Entwicklung, damit sich entsprechende Strukturen in einem evolutionären, organischen Prozess bilden könnten.

59 Apostol Stan: Grupări şi curente politice în România între unire şi independenţa (1859–1877). Bucureşti 1979, S. 402 ff. Es ist jedoch festzuhalten, dass es, vor allem zu Beginn, hauptsächlich Vertreter der Oberschicht waren, die liberales Gedankengut vertraten und für eine Modernisierung eintraten. Neben den nationalen Zielen nahmen soziale Forderungen einen eher bescheidenen Raum ein. Die Frage der Modernisierung entstand weniger aus einem sozialen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Boiarentum heraus, sondern spaltete vor allem die herrschende Elite selbst. Siehe dazu Boia (1997), S. 12, Alexandru George: Liberalismul românesc în specifitatea lui istorică. In: Alina Mungiu-Pippidi (Hg.): Doctrine politice. Concepte universale şi realităţi româneşti. Iaşi 1998, S. 48 und Florian/Hurezeanu/Florian (1997), S. 129 ff.

60 Mircea Iosa: Conceptul «prin noi înşine», in: Apostol Stan/Mircea Iosa (Hg.): *Liberalismul politic în România. De la origini până la 1918*. Bucureşti 1996, S. 207 ff.

Die Resultate der Modernisierung gestalteten sich trotz einiger Erfolge bescheiden. Die Industrie entwickelte sich nur zaghaft.[61] Rumänien blieb in erster Linie Exporteur landwirtschaftlicher Güter. Dazu kamen Rohstoffe, vor allem Erdöl. Rumänien als bedeutender Exporteur von Landwirtschaftsprodukten und Erdöl sah sich deshalb im Ersten Weltkrieg von den kriegführenden Mächten entsprechend umworben. 1916 trat es auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein und konnte mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und des zaristischen Russland seine Forderungen nach der Vereinigung aller Rumänen in einem Staat verwirklichen. Rumänien erbte von Österreich-Ungarn Siebenbürgen, den grössten Teil des Banats, die Gebiete Crişana und Maramureş sowie die Bukowina, von Russland Bessarabien, ferner von Bulgarien die Süd-Dobrudscha, und erreichte damit insgesamt mehr als eine Verdoppelung des Staatsgebietes. Das neue Grossrumänien (România Mare) sah sich nun aber auch plötzlich mit einem Minderheitenproblem konfrontiert, welches das rumänische Altreich (Vechiul Regat) der Vorkriegszeit in dieser Art nicht gekannt hatte. In Siebenbürgen und den westlichen Teilen betraf dies vor allem Ungarn und Deutsche (Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben), in der Bukowina und Bessarabien Juden, Ukrainer und Russen. Obwohl sich Rumänien international zum Minderheitenschutz verpflichtet hatte, hielt es die Bestimmungen mehr schlecht als recht ein. Angehörige nationaler Minderheiten wurden staatlicherseits in verschiedenen Bereichen benachteiligt, da Rumänien sich als einheitlicher Nationalstaat verstand.

Mit der Entstehung Grossrumäniens wurde auch die Frage einer Agrarreform wieder aktuell. In den Jahren nach 1917 wurden umfangreiche Enteignungen zugunsten der Kleinbauern vorgenommen. Vor allem in den neu hinzugewonnenen Gebieten vollzogen sich dadurch grosse soziale Veränderungen. In Siebenbürgen waren neben den Besitztümern der ungarischen Grossgrundbesitzer auch diejenigen der Sachsen betroffen, die über Jahrhunderte hinweg über eigenen Boden verfügt hatten. Doch auch im Altreich

61 Siehe beispielsweise Florian/Hurezeanu/Florian (1997), S. 107 ff.

bewirkten die Enteignungen, dass sich die Klasse der Grossgrundbesitzer praktisch auflöste und dass viele Kleinbauern zu Eigentümern wurden.[62]

Neben dem Verlust des ökonomischen Einflusses büssten die Grossgrundbesitzer auch ihre politische Stellung ein, welche sie bis zum Ersten Weltkrieg gehabt hatten. Denn mit der Abschaffung des Zensuswahlrechts nach dem Krieg kam die Konservative Partei nur noch auf marginale Wahlresultate und verschwand bald völlig aus dem politischen Leben. Die Grossgrundbesitzer, die ihr Auskommen nun zu einem grossen Teil im Staatsapparat und in Industrie- und Handelsunternehmen fanden, bildeten dann eine der Interessengruppen, die eine soziale Basis für das Aufkommen der politischen Rechten darstellten.[63]

Die Nationalliberale Partei PNL hatte somit ihren grössten politischen Konkurrenten verloren. Gleichzeitig traten aber unter den veränderten Umständen neue Parteien der PNL als Gegengewicht gegenüber. Einerseits handelte es sich um Parteien in den neu erworbenen Gebieten, so die »Partidul Naţional« (Nationale Partei) in Siebenbürgen, eine relativ heterogene Partei, die 1881 entstanden war und sich für die Rechte der Rumänen eingesetzt hatte. Andererseits begünstigte die Abschaffung des Zensuswahlrechts die Entstehung neuer Parteien im Altreich, da die grosse Masse der Bauernschaft bei Wahlen nun ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen konnte. So entstand 1918, nach verschiedenen gescheiterten Versuchen in den Jahrzehnten zuvor, unter dem Namen »Partidul Ţărănesc« (Bauernpartei) eine Partei, die sich als Vertreterin des Bauerntums verstand. 1926 schlossen sich die Nationale Partei und die Bauernpartei zur »Partidul Naţional Ţărănesc« (Nationale Bauernpartei, PNŢ) zusammen. Somit stand der PNL eine national organisierte und vor allem auf der Bauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum basierende Partei gegenüber. Ihre innere Struktur war uneinheitlich und reichte von Vertretern eines Agrarsozialismus bis zu gemässigt nationalistischen bürgerlichen Schichten vor allem in Siebenbürgen, wo die Nationale Partei vor der Fusion als Vertreterin von Regionalinteressen fungiert hatte.[64]

Die PNL verfolgte weiterhin ihre Konzeption einer Modernisierung »prin noi înşine«. Gefördert werden sollte vor allem der Ausbau der Schwerindustrie, und dies auf Kosten der Landwirtschaft. Die Abhängigkeit vom Ausland

62 Keith Hitchins: *România, 1866–1947* (Ed. a II-a). Bucureşti 1998, S. 344 ff. (englische Originalausg.: *Rumania 1866–1947*. Oxford 1994).

63 Stephen Fischer-Galaţi: The interwar period. In: Dinu C. Giurescu/Stephen Fischer-Galaţi (Hg.): *Romania. A historic perspective*. Boulder 1998, S. 298 (= East European Monographs, No. CDLVII).

64 Ioan Scurtu: *Din viaţa politică a României (1926–1947). Studiu critic privind istoria Partidului Naţional Ţărănesc*. Bucureşti 1983, S. 6 ff.

sollte durch Beschränkungen, etwa das Verbot des Erwerbs von Grundeigentum durch Ausländer, reduziert werden. Anders die PNŢ, die einer Politik der offenen Türen (politica porţilor deschise) das Wort redete. Ausländisches sollte einheimischem Kapital gegenüber gleich behandelt und Restriktionen gegenüber ausländischen Investitionen sollten abgebaut werden.[65]

Trotz der modernen Verfassung westeuropäischen Typs von 1923 funktionierte die Demokratie in der Praxis – wenn überhaupt – nur ansatzweise. In der politischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien kam dem König eine wichtige Funktion zu. Gemäss der bereits im Altreich üblichen politischen Praxis beauftragte er jeweils eine der grossen Parteien mit der Regierungsbildung. Die neue Regierung liess Wahlen ausschreiben und sicherte sich dabei eine Mehrheit. Neben Wahlfälschung spielten dabei die Einflussnahme des Beamtenapparates auf die Wählerschaft und deren hohes Mass an Loyalität gegenüber der jeweils amtierenden Regierung eine wichtige Rolle. Eine Klausel, die der stärksten Partei eine ihren Stimmen entsprechend überproportionale Anzahl Sitze[66] zusprach, tat ein übriges. Dieses System, das Wahlen[67] zur Farce verkommen liess, die häufigen Regierungswechsel, die politischen Streitigkeiten, die Korruption und die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Zuge der Weltwirtschaftskrise liessen die Politikverdrossenheit ansteigen. Traditionellerweise nahm ohnehin nur eine dünne Schicht aktiv an dem politischen Geschehen teil, der grosse Rest der Bevölkerung liess sich bestenfalls zur Bestätigung mobilisieren.

Konsequente Kritik an dieser Politikerschicht betrieb in den dreissiger Jahren vor allem die faschistische »Eiserne Garde«[68]. Sie lehnte das parlamentarische System grundsätzlich ab. Mit ihrem starken Zulauf von Seiten der Bauern, aber auch der Intellektuellen und der Beamtenschaft, und mit einer Mischung aus legalen Aktivitäten und gewalttätigem Terror erschütterte sie das parlamentarische System in seinen Grundfesten. Eine ernsthafte Bedrohung erwuchs diesem zugleich aus dem zunehmend autoritären Stil, den König Carol II. pflegte. 1938, nachdem Wahlen keine klare Mehrheit zustande gebracht hatten, ergriff Carol selber die Macht und löste die Parteien auf.

65 Ebenda, S. 25 ff.

66 Erreichte eine Partei mindestens 40 % der Stimmen, erhielt sie die Hälfte aller Sitze als »Bonus« zugesprochen. Die andere Hälfte der Sitze wurde proportional zu den erreichten Stimmenprozenten vergeben, unter abermaliger Berücksichtigung der Siegerpartei. So ergaben also 40 % der Stimmen 70 % der Sitze.

67 Einen Einblick in die Atmosphäre der zehn Wahlen der Zwischenkriegszeit bietet Ioan Lăcustă: *Zece alegeri interbelice 1919–1937. Cine a câştigat?* O. O. 1998.

68 Unter diesem Namen (Garda de Fier) seit 1930, gegründet 1927 als »Legion des Erzengels Michael« (Legiunea Arhanghelului Mihail).

Damit war der Versuch eines demokratischen parlamentarischen Systems vorerst beendet.

Allerdings entsprach das demokratische System Grossrumäniens in keiner Weise einem westlichen Demokratieverständnis. Dazu fehlte ihm eine solide mittelständische Basis. Rund 80 Prozent der Bevölkerung lebten auf dem Lande, die Analphabetenrate der Gesamtbevölkerung lag bei etwa 40 Prozent.[69] Eine breite, ungebildete und grösstenteils in Armut lebende Masse von Landbewohnern blieb in traditionellen Verhaltensmustern verhaftet und empfand die staatlichen Strukturen und das städtische Leben als fremd und bedrohlich.[70] Ihr stand eine relativ kleine, städtische Elite gegenüber. Eine kulturelle Avantgarde orientierte sich stark an Westeuropa, besonders Frankreich, und war vom Willen beseelt, den kulturellen Anschluss an den Westen zu finden. Zwischen den Angehörigen dieser Elite und der einfachen ländlichen Bevölkerung verlief ein tiefer Graben.[71] Eine grössere Arbeiterschaft existierte noch nicht, da die Industrie erst relativ schwach ausgebildet war. Zudem handelte es sich vielfach um vom Land zugezogenen, ungelernte Arbeiter, die sich noch nicht fest an die städtische Lebensweise angepasst hatten.[72] Ein breiter Mittelstand fehlte. In Siebenbürgen gab es zwar historisch gewachsene städtische Schichten, doch setzten sich diese grösstenteils aus Nichtrumänen (vor allem Deutschen und Ungaren) zusammen. Im Altreich war eine jüdische Handwerker- und Kaufmannsschicht vorhanden, die sich jedoch einem starken Antisemitismus ausgesetzt sah, welcher schon vor dem Ersten Weltkrieg ausgeprägt war und in den dreissiger Jahren besonders unter dem Einfluss der Eisernen Garde weite Verbreitung fand.[73]

69 Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): *Rumänien*. Göttingen 1977, S. 427 und 445 (= Südosteuropa-Handbuch, Bd. II).

70 Armin Heinen: *Die Legion »Erzengel Michael« in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus*. Diss. München 1986, S. 47. Tatsächlich waren Nichtrumänen in den Städten bedeutend stärker vertreten als auf dem Land. Boia (1997), S. 17.

71 Constantin Petculescu: *Mişcarea legionară. Mit şi realitate*. Bucureşti 1997, S. 47 f.

72 Dumitru Şandru: The growth of Romania's urban population between the two world wars through peasant immigrations. In: *Nouvelles études d'histoire*, Bucureşti, 2 (1980), S. 167 ff., und Florian/Hurezeanu/Florian (1997), S. 199 f.

73 Zum Antisemitismus der Zwischenkriegszeit und seinen Wurzeln siehe beispielsweise Irina Livezeanu: *Cultură şi naţionalism în România Mare 1918–1930*. Bucureşti 1998, speziell S. 21 ff. und S. 229 ff. (englische Originalausg.: Cultural politics in Greater Romania. Regionalism, nation building and ethnic struggle, 1918–1930. Cornell 1995) und Francisco Veiga: *Istoria Gărzii de Fier 1919–1941. Mistica ultranaţionalismului*. Bucureşti 1995, S. 55 ff. (spanische Originalausgabe: *La mística del ultranacionalismo. Historia de la Guardia de Hierro*. Barcelona 1989)

Aussenpolitisch orientierte sich das Rumänien der Zwischenkriegszeit stark an Frankreich. Nach den grossen Gebietsgewinnen in der Folge des Ersten Weltkrieges bestand das Hauptziel darin, den Status quo aufrechtzuerhalten. Der Machtaufstieg Deutschlands unter Hitler und dessen Ziel der Revision der Pariser Vorortsverträge bedeutete daher eine potentielle Bedrohung für Rumänien. Im Verlauf der dreissiger Jahre gelangte es aber auf wirtschaftlichem Gebiet in eine starke Abhängigkeit von Deutschland. Das Interesse an Rumänien beruhte vor allem auf Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen im Hinblick auf einen zukünftigen Krieg. Deutschlands starker Einfluss wurde aber weniger als Bedrohung empfunden denn die Gefahr eines Übergreifens des sowjetischen Bolschewismus. In Rumänien existierte seit 1921 eine (ab 1924 verbotene) Kommunistische Partei, welche sich für die Abtretung der Gebiete, die nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches eingegliedert worden waren, einsetzte und einen generellen Umsturz des gesellschaftlichen Systems nach dem Vorbild der UdSSR befürwortete. Allerdings blieb die rumänische KP (Partidul Comunist Român; PCR) eine marginale Kraft ohne grossen Einfluss auf das politische Leben. Vor ihrer Legalisierung 1944 zählte sie nur rund 1000 Mitglieder. Ein Grossteil davon waren Angehörige nationaler Minderheiten (Ungarn, Juden, Ukrainer). Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden verfolgt, viele von ihnen waren entweder in Haft oder hielten sich im sowjetischen Exil auf.

1944, nach dem Einmarsch der Roten Armee in Rumänien, veränderte sich die Situation schlagartig. Die sowjetischen Besatzer betrauten die Partei mit der Herrschaft. Bis dahin war sie eine der kleinsten und unbedeutendsten kommunistischen Parteien Europas gewesen. Der Marxismus verfügte in Rumänien praktisch über keine Basis und stiess in der Bevölkerung grösstenteils auf Ablehnung. Noch Jahre nach der kommunistischen Machtergreifung kämpften Partisanen in den Bergen gegen das neue Regime.[74] Die kommunistische Herrschaft in Rumänien war deshalb von Anfang an von Moskau abhängig. In den fünfziger Jahren zählte Rumänien zu den treuesten Satellitenstaaten der UdSSR und unterordnete sich ihr fast vollständig.[75] Allerdings war es innerhalb der Kommunistischen Partei[76] zu Machtkämpfen zwischen

74 Siehe dazu: Cicerone Ioniţoiu: *Rezistenţa armată anticomunista din munţii României 1946–1958*. (Ed. a II-a). Bucureşti 1993.

75 Dionisie Ghermani: *Die nationale Souveränitätspolitik der SR Rumänien*. 1. Teil: *Im Rahmen des sowjetischen Bündnissystems*. München 1981, S. 30 ff. (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, 17).

76 Die Kommunistische Partei Rumäniens nannte sich nach der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei 1948 bis 1965 Rumänische Arbeiterpartei (Partidul Muncitoresc Român, PMR).

dem internationalistischen Flügel, dessen Vertreter die Kriegsjahre im Moskauer Exil verbracht hatten und dem Heimatflügel, dessen Mitglieder in Rumänien geblieben und oftmals inhaftiert worden waren, gekommen. Im Gegensatz zu anderen Satellitenstaaten der UdSSR war es letzterer Gruppierung nicht nur gelungen, den stalinistischen Säuberungen zu entgehen, sondern gar sich selber in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre im Machtkampf gegen den internationalistischen Flügel zu behaupten und diesen auszuschalten.[77]

Gheorghe Gheorghiu-Dej, der Generalsekretär der Partei, welcher zum Heimatflügel gehörte, verhielt sich in den fünfziger Jahren der Sowjetunion gegenüber loyal. Ein Wendepunkt kam gegen Ende des Jahrzehnts, als sich durch den Abzug der Roten Armee aus Rumänien 1958 der politische Spielraum vergrösserte. Gleichzeitig brachen Meinungsunterschieden innerhalb des RGW aus. Die UdSSR und die entwickelteren Staaten drängten auf eine Arbeitsteilung, wobei Rumänien seine traditionelle Rolle als Lieferant von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern hätte beibehalten sollen. Dem widersetzte sich die rumänische Führung vehement. In traditionell stalinistischer Manier sollte die Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie vorangetrieben werden. In einem vorsichtigen und stufenweisen Vorgehen, auch unter Ausnützung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, distanzierte man sich von der UdSSR. Radikale Veränderungen, die Moskau hätten provozieren oder die ihr einen Vorwand für ein Eingreifen hätten liefern können wie etwa 1956 in Ungarn, wurden vermieden. Im Gegensatz jedoch zu Nagy vertrat Dej keine reformistischen Ideen, sondern war eher an der Aufrechterhaltung des stalinistischen Systems interessiert. Auch wurde die Zugehörigkeit des Landes zum sowjetischen Hegemonialbereich nie in Frage gestellt. Begründet wurde das Abweichen vom sowjetischen Kurs denn auch stets mit orthodox marxistisch-leninistischen Argumenten, womit man allfälliger sowjetischer Kritik gleichsam den Wind aus den Segeln nahm.[78]

Die UdSSR duldete das rumänische Experiment eines Kommunismus mit nationalen Akzenten. Mit dem »nationalen« Kurs hatten die rumänischen Kommunisten einen Konsens mit der Bevölkerung gefunden, welcher zur

77 Siehe dazu beispielsweise C. D. Kernig (Hg.): *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Die kommunistischen Parteien der Welt*. Freiburg im Breisgau 1969, S. 438 f.

78 Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklungsgeschichte des rumänischen Sonderweges in den fünfziger und sechziger Jahren siehe: Gerd Frickenhelm: *Die rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung*. Diss. Münster 1990 (= Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 57).

grösseren Legitimierung und Akzeptanz des Kommunismus beitrug.[79] Gleichzeitig kam es zu einer vorübergehenden Liberalisierung im Innern. Bis Mitte der sechziger Jahre wurde ein Grossteil der politischen Gefangenen freigelassen[80], die Beschränkungen der Meinungsfreiheit gemildert und Kontakte mit dem Westen erleichtert. Mit den relativ bescheidenen wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen der ersten beiden Jahrzehnte kommunistischer Machtausübung spürte die Bevölkerung somit erstmals seit langer Zeit wieder eine konkrete Verbesserung ihrer Lage.

Denn trotz der ererbten Strukturmängel gelangen Rumänien unter dem Kommunismus zweifellos einige Modernisierungserfolge. So etwa im Bildungsbereich, wo das Analphabetentum praktisch eliminiert wurde, im Gesundheitsbereich und in der Sozialfürsorge, wo staatliche Leistungen und Garantien zu einer zuvor nicht gekannten sozialen Sicherheit führten. Auch bemühte man sich, die Industrialisierung voranzutreiben, unter Vernachlässigung der Landwirtschaft, die grösstenteils kollektiviert worden war. Bis Ende der achtziger Jahre lebte rund die Hälfte der Bevölkerung in den Städten, die durch den Ausbau der Industrie gewachsen waren. Wie bereits in der Zwischenkriegszeit, allerdings jetzt in viel grösserem Ausmass, entstand dadurch ein breites städtisches Proletariat, das aber noch ländlich geprägt war. Für diese ehemaligen Landbewohner bedeutete der Umzug in die Stadt mit Komfort wie elektrischem Strom und fliessendem Wasser, geregelten Arbeitszeiten und vielerlei kulturellen Einrichtungen einen sozialen Aufstieg. Für das System andererseits waren diese entwurzelten Schichten eine relativ leicht kontrollierbare Bevölkerungsgruppe.[81]

Diese Verbesserungen und die Liberalisierung führten in der Mitte der sechziger Jahre dazu, dass die grundsätzliche Bereitschaft stieg, das System zu akzeptieren und gewisse Einschränkungen in Kauf zu nehmen.[82] In diese Zeit fiel der Machtantritt des noch relativ jungen und unbekannten Ceaușescu 1965.

79 Dabei handelt es sich nicht um ein rein rumänisches Phänomen, sondern um eine Entwicklung, die auch in anderen kommunistisch regierten Staaten anzutreffen war. Rumänien zeichnete sich jedoch dadurch aus, dass es diese Entwicklung viel weiter trieb. Boia (1997), S. 69 ff.

80 Eine Übersicht über die Anzahl der politischen Gefangenen von 1955 bis 1964 ist zu finden in Constantiniu (1998), S. 497.

81 Florian/Hurezeanu/Florian (1997), S. 302 ff.

82 In diesem Zusammenhang interessant ist die Rechnung, die Daniel Barbu für die Zeitspanne 1950 bis 1970 anstellt: Demnach soll die Anzahl derjenigen, die unter dem totalitären System direkt zu leiden hatten, zwischen 4 % bis maximal 8 % der Gesamtbevölkerung betragen haben, während sich die persönliche Situation für einen Anteil von zwischen 20 % und 70 % der Bevölkerung verbesserte. Daniel Barbu: Destinul colectiv, servitutea involuntară, nefericirea totalitară: trei mituri ale comunismului românesc. In: *Miturile comunismului românesc*. Sub direcția lui Lucian Boia. București 1998, S. 192 ff.

Er sollte es sein, der die Lage zu seinen Gunsten auszunützen wusste und den Unabhängigkeitskurs seines Vorgängers fortsetzte.

Der Verlauf der Reformen in Rumänien im ersten Jahrzehnt nach der Überwindung des kommunistischen Regimes ist in starkem Masse vom vorkommunistischen historischen Erbe geprägt. Die unterschiedliche historische Entwicklung der verschiedenen Landesteile ist nach 1989 wieder deutlicher als unter dem kommunistischen Regime zu Tage getreten. Siebenbürgen und die westlichen Landesteile mit ihrer historischen Verbundenheit mit Ostmitteleuropa stehen den südlichen und östlichen Gebieten gegenüber, die historisch engere Bindungen zum südosteuropäischen Raum aufweisen. Der rumänische Staat, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden war, basierte in seinen politisch-rechtlichen Formen in erster Linie auf relativ jungen, westlichen Einflüssen, vor allem aus Frankreich. In der Praxis, im politischen Denken aber, kam seither auch immer wieder die byzantinische Tradition zum Vorschein. Die Fürstentümer Moldau und Walachei waren jahrhundertelang nach byzantinischem Vorbild regiert worden; ihre Fürsten verstanden sich als von Gott eingesetzte Herrscher mit sowohl nach aussen als auch nach innen unumschränkter Macht. Die Ideen der Unabhängigkeit und des Zentralismus spielten eine wichtige Rolle.[83] Die theoretischen Ansprüche standen aber oft einer ganz anders gearteten Realität gegenüber.

Trotz der Vereinigung des rumänischen Altreiches mit den übrigen rumänisch besiedelten Gebieten 1918 änderte sich die politische Struktur des Staates nur geringfügig. Die politische Praxis blieb in starkem Masse von den Traditionen des Altreiches beeinflusst. Dies auch deshalb, weil die Rumänen in den neu hinzugekommenen Gebieten keine staatlichen Strukturen verwaltet, sondern unter Fremdherrschaft gelebt hatten. Einen siebenbürgischen oder bessarabischen rumänischen Staat hatte es nicht gegeben. Ein eigenes, »nationales« politisches Denken konnte daher nur an die Traditionen des Altreiches beziehungsweise der Fürstentümer Moldau und Walachei anknüpfen.

In der Folge der Vereinigung mit dem Altreich gerieten die Gebiete, die früher unter Fremdherrschaft gestanden hatten, unter die zentrale Verwaltung Bukarests. Seither zeigte es sich immer wieder, dass für die politische Entwicklung das Altreich bestimmend blieb, die neuen Gebiete wurden Provinzen in einem zentralistischen Staat.[84] Der Unterschied zwischen dem Altreich

83 Pippidi (1983), S. 17 ff.

84 Die Kommunisten verboten etwa die unierte Kirche der Siebenbürger Rumänen. Diese durften sich bis 1990 nicht mehr dazu bekennen, sondern sollten die orthodoxe Konfession der Rumänen des Altreiches annehmen, da die Rumänen als einheitliches Volk auch einer einheitlichen Konfession anzugehören hätten. Die Revolution von 1989 begann zwar in den westlichen Landesteilen, die für den weiteren Verlauf der Ereignisse ausschlaggebenden Ereignisse und Entscheidungen aber fanden in Bukarest statt.

und den ehemals habsburgischen Gebieten manifestierte sich nach 1989 auch in den Wahlergebnissen deutlich.

Eine einheitliche Strategie, um die Reformen voranzutreiben, fehlte im postrevolutionären Rumänien. Die alte Diskussion über den Charakter der gesellschaftlichen Umstellungen, über revolutionäre Veränderungen oder eine evolutionäre Entwicklung, wird unter neuen Vorzeichen weitergeführt. Geradezu typisch dafür ist das Abwägen zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verträglichkeit von Reformmassnahmen, welches Rumäniens Reformpolitik prägt. Die Argumente knüpfen dabei an Ideen und Konzepte an, wie sie bereits in der Modernisierungsdiskussion des 19. und frühen 20. Jahrhunderts formuliert wurden (forme fără fond, prin noi înşine etc.).

Auf politischem Gebiet widerspiegelt sich die gesellschaftliche Fragmentierung in der Parteienlandschaft. Den Parteien fehlt es meist an langfristigen Strategien und klaren Konturen. Viele Parteien basieren auf dem Ansehen eines oder mehrerer Spitzenvertreter. Politiker aller Couleur befleissigen sich, kurzfristige Versprechungen zu machen und pflegen Opportunismus und Populismus. Darin sind Züge der politischen Tradition der Zwischenkriegszeit erkennbar. Wie damals gibt es auch heute Anzeichen, die auf eine zunehmende Politik- und vor allem Politikerverdrossenheit hinweisen.[85]

Eines der Haupthindernisse der Reformen stellt der überdimensionierte, schwerfällige und ineffiziente Beamtenapparat dar. Ab dem 19. Jahrhundert wurde mit den gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Modernisierung und dem Aufbau einer staatlichen Bürokratie die Beamtenlaufbahn zu einer Möglichkeit für viele, den sozialen Abstieg (Verlust von Privilegien und ökonomischer Macht bei den Grossgrundbesitzern) zu kompensieren oder sozial aufzusteigen (Bauernschaft, untere städtische Schichten). Auf beiderlei Weise wurde der Beamtenapparat aus Schichten rekrutiert, die der Modernisierung und Veränderungen eher skeptisch gegenüberstanden und die auf die neuen Anforderungen nur ungenügend vorbereitet waren. Die Staatsverwaltung entwickelte sich derart zu einem konservativen, trägen und von der jeweiligen Regierung leicht zu vereinnahmenden Element, eine Tendenz, die durch den zentralistischen Charakter des Staates nur noch verstärkt wurde.

85 Bei den Bukarester Oberbürgermeisterwahlen im Herbst 1998 nahm die Wahlbeteiligung gegenüber den vorangegangenen Wahlen deutlich ab. Den Wahlen war ein fast zweijähriges Gerangel um die Neubesetzung des vakant gewordenen Oberbürgermeisterpostens vorangegangen.

Eine starke Aufblähung erfuhr Rumäniens Beamtenapparat dann insbesondere in der kommunistischen Zeit. Der Zuwachs kam vor allem aus der ländlichen Bevölkerung, die nun die Möglichkeit erhalten hatte, ein Auskommen ausserhalb der Landwirtschaft zu finden. Diese Beamtenschaft wie auch die politischen Akteure sind nun im Zuge der Reformen an einer Straffung und Rationalisierung der Staatsbürokratie wenig interessiert, bedeutet dies doch notwendigerweise Entlassungswellen mit vorhersehbaren sozialen Problemen.

Zentralistische, bürokratische Verwaltungsstrukturen waren schon vor der kommunistischen Machtergreifung charakteristisch für Rumänien. Gewisse Tendenzen waren, nach byzantinischem Vorbild, schon in der Organisation der rumänischen Fürstentümer erkennbar. Beim Aufbau einer modernen Staatsverwaltung seit dem 19. Jahrhundert wurde er von französischem Einfluss überlagert, welcher diese Tendenz verstärkte. Das Rumänien von der UdSSR auferlegte Gesellschaftssystem mit seinen bürokratischen Strukturen trieb diese Tendenz schliesslich auf die Spitze. Sie bildet eine der schwersten Hypotheken für die weitere Entwicklung, verhindert sie doch nicht nur rasche Reformen, sondern hält auch ausländische Kapitaleigner davon ab zu investieren.[86]

Gerade Kapital aber fehlt Rumänien. Der Mangel an genügend eigenem Kapital ist ein Grundthema, das die ganze Geschichte seiner Modernisierung prägt. Lange Zeit basierte die Wirtschaft der Fürstentümer Moldau und Walachei auf Naturalwirtschaft; erst im 18. und 19. Jahrhundert nahm die Geldwirtschaft vor allem im Aussenhandel grössere Dimensionen an.[87] Das geringe Vorhandensein von eigenem Kapital durch den relativ späten Wechsel zur Geldwirtschaft und die allgemein schwache (industrielle) Entwicklung des Wirtschaftslebens erschwerten das Vorhaben, den Entwicklungsrückstand gegenüber dem Westen aufzuholen. Dieses konnte aufgrund des fehlenden Kapitals nur unvollständig und phasenverschoben realisiert werden. In der Folge führte die vorangetriebene Modernisierung zu einer Abhängigkeit des jungen rumänischen Staates von ausländischem Kapital. Diese Abhängigkeit hat Rumänien nie überwunden; gerade das Verschuldungsproblem unter Ceauşescu zeigt dies deutlich. Die Reaktionen auf diese Abhängigkeit waren

86 Die undurchschaubaren, langwierigen bürokratischen Prozeduren sind einer der am häufigsten angeführten Gründe potentieller westlicher Investoren, nicht in Rumänien zu investieren.

87 P. P. Panaitescu: De ce au fost fiara românească şi Moldova ţări separate? In: *Interpretări româneşti. Studii de istorie economică şi socială*. Bucureşti 1994, S. 110.

auch stets von der Furcht geprägt, dass dem Land daraus negative Folgen erwüchsen.

Die relative ökonomische Rückständigkeit offenbarte sich seit Ende des 18. Jahrhunderts im Kontakt mit dem Westen. Die Gebiete des heutigen Rumänien kamen durch die voranschreitende Entwicklung der industrialisierten Staaten unter Druck. Fortan wurde der Westen zum Schrittmacher der Entwicklung, der Rumänien das Tempo vorgab. Die Entwicklung wurde von aussen aufgezwungen, wollte das Land nicht in noch stärkere Rückständigkeit geraten. Die Synchronisierung und der Ausgleich der Entwicklungsunterschiede mit dem Westen als zentrale Ziele der Modernisierung waren demnach nicht ideologisch legitimiert oder endogen motiviert. Vielmehr erschienen sie durch das Eindringen kapitalistischer Einflüsse von aussen als wirtschaftliche Notwendigkeiten. Daher hatte die Modernisierung von Beginn an einen künstlichen, von oben gelenkten Charakter. Den Modernisierungsbemühungen der Nationalliberalen unter dem Schlagwort «prin noi înşine», später der Industrialisierung unter dem kommunistischen Regime und den heutigen Reformen lagen Konzepte zugrunde, die Teile der Elite gegen den Widerstand grosser Bevölkerungsteile und anders gesinnter Gruppen der Elite durchzusetzen versuchten. In Überschätzung des Machbaren wurden weitgesteckte Ziele gesetzt in der Hoffnung, schnell aufzuholen und gewisse Etappen der Entwicklung überspringen zu können. Dabei gelangten diese Konzepte nicht bis in die einfache Bevölkerung, sondern blieben auf die Elite beschränkt, innerhalb derer darüber gestritten wurde. Der Graben zwischen der Intelligenz und der einfachen, schlecht gebildeten Bevölkerung ist trotz der Verbesserungen im Schulsystem unter dem Kommunismus nach wie vor existent, wie die eindeutig antiintellektuellen Züge der Bergarbeiterproteste von 1990 gezeigt haben. Gerade die politische Instrumentalisierung der Bergarbeiter 1990/1991 und erneut 1999 zeigt, welch ein Problem bei der Realisierung der Reformen diese Entfremdung zwischen Bevölkerung und Elite darstellt. Auch prägen Ungleichgewichte, wie sie durch die unvollständige Modernisierung des 19. und 20. Jahrhunderts und insbesondere während der kommunistischen Herrschaftszeit entstanden sind, die heutige Gesellschaft. Dazu gehört insbesondere das Gefälle zwischen Stadt und Land. In den letzten Jahren entstand ein soziales Gefälle auch innerhalb der städtischen Schichten zwischen einer relativ kleinen Gruppe, die es durch die neuen wirtschaftlichen Freiheiten zu einem gewissen Wohlstand gebracht und der Mehrheit der Bevölkerung, deren Lebenssituation sich durch die Reformen verschlechtert hat.

Die oberflächlichen und nie konsequent durchgeführten Modernisierungsschritte liessen eine Mischung und Überlagerung alter und neuer Strukturen entstehen. Dies führte zu Konflikten, da das alte System nicht mehr und das neue noch nicht in einem ihnen entsprechenden Umfeld funktionieren konnten. Da die einheimischen Ressourcen für eine durchgreifende Modernisierung aber nicht ausreichten, wurde der krisenhafte Übergangszustand zwischen traditionellem und modernem Wirtschaftsleben zum Dauerzustand, gekennzeichnet von einer langsamen, kontinuierlichen Entwicklung. Die ständige Überlagerung durch neue, von aussen angeregte, Modernisierungsphasen verunmöglichte ein Aufholen, ja, akkumulierte die Modernisierungsrückstände, verschärfte aber zugleich wiederum den Zwang, die Modernisierung weiterzuführen. In der nachkommunistischen Zeit führte die zögerliche Umsetzung der Reformvorhaben zu einem Nebeneinander von plan- und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen, die sich gegenseitig blockieren. Auch darin widerspiegelt sich das Grundmuster der Reibungen einander überlagernder Modernisierungsphasen.

Die Industrialisierungs-, Bildungs- und Urbanisierungspolitik der Kommunisten hatte diejenigen Bevölkerungsschichten herangebildet, die das kommunistische Zwangssystem schliesslich überwinden sollten: die städtische Bevölkerung, die Jugend, die Intelligenz. An einem bestimmten Punkt der Entwicklung, als der Kommunismus immer mehr als Hemmnis empfunden wurde, verselbständigten sich diese Schichten und brachen mit dem kommunistischen Entwicklungsmodell. Die Modernisierung war hier insofern erfolgreich, als sie in einem günstigen Moment eine Eigendynamik entwickeln konnte und sich gegen das sie einengende System wandte, das sie hervorgebracht hatte. Allerdings ist der Prozess der gesellschaftlichen Umgestaltung noch nicht zu Ende geführt worden; innerhalb der neuen Schichten zeigten sich schon bald Brüche und Interessengegensätze, welche die weitere Entwicklung behindern. Der Impuls jedoch ist gegeben; von seiner Stärke und von der Fähigkeit, seine Antriebskraft zu nutzen, wird es abhängen, ob und auf welche Weise das historische Erbe überwunden werden kann.